

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



2 / 2012



Vom Garten oberhalb des neuen Auditoriums präsentiert sich der Akademiepark zum ersten Mal nach den Bauarbeiten im frischen Frühlingsgrün Foto: MS



Christine Haderthauer

Entgrenzte Arbeitswelt

Die bayerische Arbeits- und Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) eröffnete die Tagung „Entgrenzungen in der Arbeitswelt“ und diskutierte mit Volkswirten, Soziologen, Arbeitsrechtler, Berufsberatern und Betriebsräten.

Siehe Seite 6

Patron Putin

Super-Präsidialismus und oligarchischer Kapitalismus – es waren keine Komplimente, die Margareta Mommsen beim Akademiegespräch im Landtag für die aktuelle Beschreibung Russlands unter Putin bereit hielt.

Siehe Seite 17



Margareta Mommsen

Liebe Leserin, lieber Leser,

pünktlich zum 55. Geburtstag unserer Akademie machen wir Ihnen und uns ein Geschenk: Sie halten den ersten Akademie-Report, der in Farbe erscheint, in Händen. Damit beginnt sicher kein neues Medienzeitalter, aber es ist doch ein Einschnitt in der Geschichte unserer Zeitschrift seit ihrer Gründung im Jahre 1996. Auch wenn sich die Form ändert: Wir werden jedenfalls versuchen, Anspruch und Qualität des „Reports“ auch zukünftig auf dem bekannten Niveau zu halten. Wir hoffen, dass Ihnen die neue Aufmachung gefällt und Sie der Akademie und ihrem „Report“ auch weiter die Treue halten. Wir freuen uns, wenn wir Sie auch zukünftig zu unseren Freunden und Förderern zählen dürfen!

Prof. Dr. Ursula Münch
Akademiedirektorin

Weitere Themen im Heft:

| | |
|--|-------|
| Parteien im Netz der Web-Demokratie | S. 3 |
| Mörderische Phantasien | S. 11 |
| Neu, gut, besser? | S. 15 |
| 2. Tutzinger Didaktikforum | S. 19 |
| Vernunft, Recht und Staat im Hinduismus | S. 20 |
| Tutzinger Diskurs beginnt | S. 22 |

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|-------|
| Parteien im Netz der Web-Demokratie | 3 |
| Farbenspiele | 4 |
| Flexibilität als Norm | 6 |
| Was qualifiziert für morgen? | 8 |
| Selbstvermarktung, Vernetzung und Kommunikation | 10 |
| Mörderische Phantasien | 11 |
| Datensicherheit und Cyber-Mobbing „In den Medien wird manches dramatisiert“ | 13 |
| Neu, gut, besser? | 15 |
| <u>45. Akademiegespräch im Landtag</u> | |
| Patron Putin | 17 |
| <u>2. Tutzinger Didaktikforum</u> | |
| Politische Praxis spielerisch erfahren | 19 |
| Vernunft, Recht und Staat im Hinduismus | 20 |
| Tutzinger Diskurs eröffnet mit „Guter Wissenschaft“ | 22 |
| Gerechtigkeit und Differenz | 23 |
| Gerichtsakten schaffen endlich Gewissheit | 24 |
| Aktiver Bürger in Tutzing | 25 |
| Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen | 28 |
| Pressespiegel | 29 |
| Themen – Tagungen – Termine | 32 |
| Namen und Nachrichten | 36 |

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz Eisfeld

Kollegium:

Dr. Saskia Hieber, Dozentin (beurlaubt)
Internationale Politik

Dr. Ondrej Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel
Dr. Gero Kellermann, Dozent
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz (kommissarisch)
Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Michael Spicker
Ethische und theoretische
Grundlagen der Politik

Wissenschaftliche Mitarbeiterin:
Juliane Schwab
(BMBF-Projekt „Gute Wissenschaft“)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Online-Redaktion:

Sebastian Haas

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Ursula Münch
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Satz & Druck Peter Molnar
Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Parteien im Netz der Web-Demokratie

Die Erfolge der Piratenpartei bei den Landtagswahlen in Berlin, dem Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen werfen neue Fragen an das Parteiensystem auf und machen deutlich: Viele Wählerinnen und Wähler sind mit den bestehenden Strukturen unzufrieden und wollen neue Formen der Beteiligung an der Politik.

Zur Diskussion zum Thema „Vom Hinterzimmer in die Liquid Democracy? Neue Wege der Beteiligung von (Nicht-) Mitgliedern in politischen Parteien“ begrüßte Akademiedirektorin Ursula Münch als Gesprächspartner: Martin Delius, den Parlamentarischen Geschäftsführer der Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus, und den Bundestagsabgeordneten Reinhard Brandl von der CSU. Nach dem Tu-

gerbeteiligung führen soll. Flache Hierarchien und wenige Parteiinstitionen – das ist für eine neue Partei wie die Piraten die Daseinsgrundlage. Deshalb haben sie die Meinungsbildungssoftware LiquidFeedback entwickelt. Sie ist ein Online-Forum, in dem Positionen zu (partei)-politischen Fragen gesammelt, ausgetauscht und bewertet werden. Wer sich bei einem Thema nicht kompetent genug zur Mit-

lin kamen aus dem Lager der Nichtwähler und erhofften sich nun mehr Möglichkeiten zur Mitsprache. Auch bei den Landtagswahlen im Frühjahr 2012 war eine deutliche Wanderung von den Nichtwählern zur Piratenpartei zu erkennen.

Ist „liquid democracy“ nur etwas für Piraten? Nein, sagt Reinhard Brandl, Bundestagsabgeordneter der CSU. Er ist im CSUnet aktiv, einem „virtuellen Ortsverband“, in dem zwar keine Lokalpolitik, aber Netzpolitik besprochen wird. Die Junge Union nutzt Online-Foren und Soziale Medien, um vor ihren Versammlungen die Meinung über Anträge einzuhören, und spielt die Ergebnisse aus dem Internet vor der Abstimmung ein.

Auf www.enquetebeteiligung.de sammelt die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages Vorschläge und Ideen der Bürger. Reinhard Brandl ist dabei zuständig für den Bereich Bildung und meint: „Wir können mit solchen Plattformen Experten einbeziehen und Vorschläge in die Diskussion einbringen, die sonst nicht geklärt werden.“



Ungeahnte Gemeinsamkeiten zwischen Piraten und CSU (von links): Martin Delius von den Piraten, Moderatorin Ursula Münch und Reinhard Brandl (CSU)

Foto: Dameris

zinger Gespräch geriet Delius wegen eines Vergleichs über den Erfolg der Piratenpartei mit dem rasanten Aufstieg der NSDAP zwischen 1928 und 1933 in die Kritik. Er entschuldigte sich daraufhin in seinem Blog für die Äußerung und zog seine Kandidatur für den Bundesvorstand seiner Partei zurück.

Was ist die „flüssige Demokratie“, die liquid democracy? Es ist Mischform von repräsentativen und direktdemokratischen Elementen, die zu mehr Bür-

sprache fühlt, kann seine Stimme an eine Vertrauensperson abgeben.

Martin Delius meint: „Nicht jeder kann und will in der ersten Reihe sitzen. Wir konnten so Kompetenzen finden, bevor wir innerhalb der Partei überhaupt welche hatten. Manche Beiträge aus LiquidFeedback konnten der Diskussion im Berliner Abgeordnetenhaus standhalten.“ Und – das darf nicht vergessen werden – ein solches System kommt an beim Wahlvolk: Ein Viertel der Wähler der Piratenpartei in Ber-

Sowohl Martin Delius („Piraten sind gerne Theoretiker“) als auch Reinhard Brandl sind sich der Probleme der liquid democracy bewusst. Sie sind sich einig, dass sie das bestehende repräsentative System nur ergänzt und nicht aus den Angeln hebt. „LiquidFeedback ist nicht geeignet, um unser politisches System abzubilden oder uns im Abgeordnetenhaus direkt zu unterstützen. Für parteiinterne Diskussionen ist es aber genau das Richtige“, meint Pirat Delius. Bis solche Methoden bei einem CSU-Parteitag Einzug halten, wird es noch lange dauern. Nichtsdestotrotz meint Reinhard Brandl: „Was die inhaltliche Arbeit angeht, ist CSUnet mit der liquid democracy viel weiter als die Piraten.“ ■

Sebastian Haas

Farbenspiele

Koalitionsdemokratie vor den Wahlen 2013

Klare Botschaften. Deutliche Worte. Das fordern nicht nur wir von den Politikern, die uns regieren oder im Parlament vertreten. Das forderten auch die Veranstalter unserer Tagung zum Stand der deutschen Koalitionsdemokratie*. Daher: Ein Bericht der klaren Worte über ein Thema, das ganze Bücher füllt.

Auf das Superwahljahr 2011 folgen reguläre und vorgezogene Landtagswahlen im Frühjahr 2012: Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Dann das Superwahljahr 2013 mit Wahlen in Bayern und im Bund. Die können fürs Parteiensystem dramatische Folgen haben: Ende der CSU-geführten Regierung in Bayern? Piraten im Bundestag und im Bayerischen Landtag? Das Ende der FDP? Angesehene Wissenschaftler diskutierten mit Blick in die Zukunft aktuelle Trends und grundsätzliche Fragen: Welche Alternativen haben die Parteien? Mehr Optionen für Koalitionen, heißt das: weniger Einfluss der Wähler? Was bedeutet dies für die Motivation, überhaupt noch zur Wahl zu gehen? Funktionieren übliche Koalitionsaussagen noch? Welche Rolle spielt die Parteibasis? Gibt es überhaupt noch spezifische Lager, und lohnt sich für eine Partei der Sprung über den Graben? Muss das ganze politische System verändert werden?

Geringer Wählerreinfluss

Sinkt der Einfluss der Wähler auf die Koalitionsbildung? Von Karl-Rudolf Korte kommt ein klares Ja. Der Professor von der Universität Duisburg-Essen kommentiert im ZDF die Wahlergebnisse. In Tutzing trug er Thesen zur Macht der Wähler vor, die wir hier in Auszügen wiedergeben: Der Einfluss der Wähler ist gering, weil Machtwechsel in der Bundespolitik

zumeist unabhängig von ihnen geschehen. Lediglich als Gerhard Schröder (rot-grün) Helmut Kohl (schwarz-gelb) ablöste, war das eindeutig vom Volk so gewollt. Im Vielparteiensystem sinkt der Einfluss weiter: Alles ist mög-



Hans-Rudolf Korte: „Wer Matschie wählt, bekommt Lieberknecht“

lich: von der Dreierkoalition bis zur Alleinregierung mit absoluter Mehrheit. „Der Wahlzettel wird zum Lotterieschein“, meinte Korte: „Wer Matschie wählt, bekommt Lieberknecht.“

Kein Wunder, dass immer weniger Bürger zur Wahl gehen. Man kann es aber auch positiv wenden: Wir haben ein vitales Parteiensystem, das langweilige Große Koalitionen verhindern kann. Wähler lassen sich zu sehr von Umfragen beeinflussen und „lieben Favoriten“. Was aber, wenn diese nur Umfrage-Favoriten sind oder das per-

sönliche Verhältnis der Politiker untereinander nicht stimmt? Darauf hat nun wirklich keine Wählerstimme Einfluss.

Frank Decker (Universität Bonn) will gar nicht von Koalitionsaussagen reden. Da sie oft verklausuliert und unverbindlich geäußert werden, nennt er sie Koalitionssignale. Tatsächlich können die einmal die Vorstufe der Koalitionsbildung sein (als die FDP 2009 ganz eindeutig auf die CDU zog), und dann wieder ein strategisches Wahlkampfinstrument (als die SPD 2009 bis zuletzt die „Ampel“ wollte).

Das zeigte Thomas Schubert von der TU Chemnitz. Klar ist: Was für die Parteien wünschenswert ist, nützt ihnen nicht immer. Für die CDU zum Beispiel ist die Zeit noch nicht reif, eine Koalition mit den Grünen anzukündigen – damit würde man die eigene Klientel verunsichern. So bleibt für die Wahlen 2013 nicht mehr viel übrig: Rechts der Mitte ist nur noch die CDU stark. Links aber drängeln sich SPD, Grüne, Linkspartei und Piraten. Kanzlerin Merkel scheint als erfolgreiche Euro-Krisenmanagerin kaum zu schlagen. Da bleibt doch nur die Neuauflage der Großen Koalition von 2005. Oder?

Sicherheitsdenken

Hat Schwarz-Gelb noch eine Zukunft? Schon, meint Eckard Jesse von der TU Chemnitz. FDP und CDU bleiben gegenseitig Wunschpartner. Auch wenn die aktuelle Koalition einen katastrophalen Fehler nach dem anderen begehe, dürfe man nicht vergessen: Gut die Hälfte der Zeit seit dem Bestehen der Bundesrepublik regieren diese beiden Parteien gemeinsam – und die FDP schneidet immer dann schlecht ab, wenn sie sich nicht zur Union bekennt. Jesse meint, an den Grünen führt als Regierungspartei kein Weg vorbei:

* In Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und mit Unterstützung der Fritz Thyssen Stiftung

Entweder in einer Koalition mit der Union oder in der Ampel mit SPD und FDP. Lieber wäre es ihm, wenn sich die Parteien vom „ewigen Sicherheitsdenken“ verabschieden und auch mal Minderheitsregierungen eingehen.

Kellner und Köche

Lothar Probst (Universität Bremen) erklärte die Stationen einer Beziehungsstörung: Den grünen Höhenflug und den verletzten Stolz der Volkspartei SPD. Rot-Rot in Berlin 2006, Schwarz-Grün 2008 in Hamburg, Jamaika im Saarland 2009, ein Grüner Ministerpräsident 2011 in Baden-Württemberg und die Absage an Rot-Grün durch Klaus Wowereit in Berlin 2011 zeigen: Es gibt Wettbewerb und Konkurrenz. Die Grünen positionieren sich als eigenständige politische Bewegung, gehen weg von der Schnittmengenkoalition mit der SPD hin zur Ergänzungskoalition mit Liberalen und Konservativen.

Tim Spier (Düsseldorf/Siegen) prüfte die Möglichkeit von Rot-rot-grün auf Bundesebene. Das sei als Alternative zur ungeliebten Großen Koalition möglich – aber 2013 undenkbar. Denn die Parteiprogramme weisen in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Äußeres und Sicherheit große Unterschiede auf. Die möglichen Spitzenkandidaten der SPD haben sich gegen die Kooperati-

on mit der Linken ausgesprochen. Innerhalb der Linkspartei bestehen drei fast eigenständige Parteien: ostdeutsche Pragmatiker, Ex-SPDler, Linksra-



Hat nichts gegen Minderheitsregierungen: Eckhard Jesse

dikale. Erst wenn sich der Antichrist der Sozialdemokratie, Oskar Lafontaine, verabschiedet hat – und die Pragmatiker in der Linkspartei vollständig die Oberhand gewinnen – sei eine intensivere Zusammenarbeit denkbar.

Alte und neue Bürgerlichkeit

Gerhard Hirscher von der Hanns-Seidel-Stiftung ging der Frage nach, ob CDU und CSU eine tatsächliche Union sind oder doch eher eine Zweierkoalition. Sicher ist: Die CSU holt in Bayern im Schnitt gut zehn Prozent

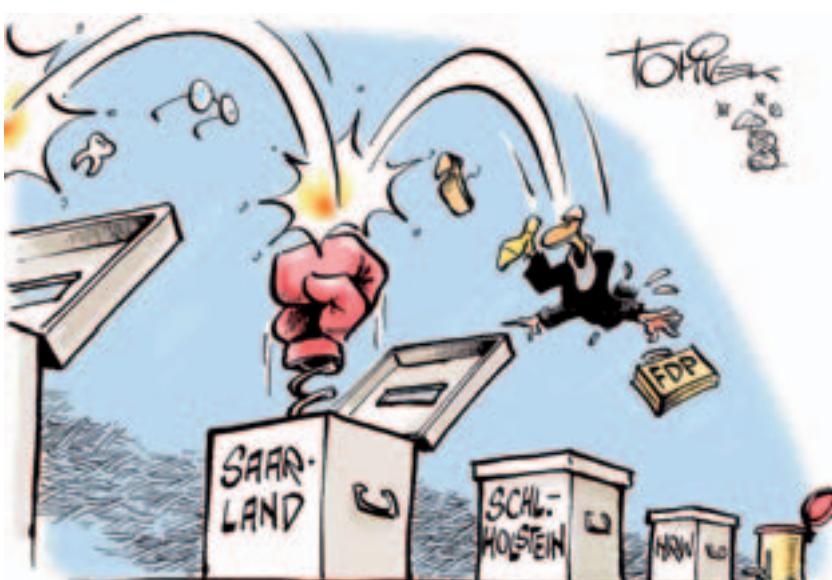
mehr Stimmen als die Schwesterpartei im Bund. Sie ist mitgliederstark. Ohne sie hätte die Union kaum eine Chance gegen die SPD – auch, weil die CSU viel stärker die Arbeiterschaft und Personen mit niedrigen Einkommen anspricht. „Sie ist die Partei der kleinen Leute und muss daher ein konservativ-soziales Profil nach außen tragen“, meinte Hirscher, der noch zwei andere interessante Fakten lieferte. Zum einen wählen nach Bayern Zugezogene verstärkt CSU, zum anderen hat diese bei der letzten Landtagswahl die meisten Stimmen an die Grünen verloren. Wie wäre es also mit einem Bündnis in schwarz-grüner Färbung? In Kommunen, Ländern, Bund?

„Die Frage ist nicht mehr ob, sondern wann“, meinte Volker Kronenberg (Universität Bonn). Schließlich seien die Grünen schon längst Scharnier zwischen den Lagern, die politisch-personelle Basis für eine Koalition mit der CDU auch auf Bundesebene sei gegeben.

Warum Koalitionen scheitern

Der Erlanger Politikprofessor Roland Sturm behandelte die Gründe für ein vorzeitiges Scheitern von Koalitionen auf Landesebene. Das können Skandale sein (Spielbanken-Affäre in Bayern 1953, Spendenskandal in Berlin 2001, die Erpressungsversuche der Schill-Partei in Hamburg 2003), parteiinterne Querelen (jüngst die FDP im Saarland), politische Grundsatzkonflikte oder der Verlust wichtiger Integrationsfiguren (Ernst Reuter in Berlin). Bis 1990 gab es 16 vorzeitige Aufkündigungen von Koalitionen, danach bisher 8. Zum Zeitpunkt der Tagung war die rot-grüne Minderheitsregierung in Düsseldorf noch im Amt. „Meistens ist das Ende der Kommunikationsfähigkeit der Grund oder persönliche Empfindsamkeiten“, erklärte Sturm. Der Verlust politischer Gemeinsamkeiten falle weniger ins Gewicht. Noch seltener seien taktische Erwägungen wie Stimmengewinne bei möglichen Neuwahlen. Die Politiker scheinen ihren Wählern also durchaus zutrauen, sich im Spinnennetz der Politik zurechtzufinden. ■

Sebastian Haas



Schlag auf Schlag

Zeichnung: Tomicek

Flexibilität als Norm

Entgrenzungen in der Arbeitswelt

Flexibel, wann man arbeitet, flexibel, wo man arbeitet, flexibel, was man arbeitet. Welche Chancen bietet die zeitlich, räumlich und inhaltlich entgrenzte Berufswelt für ein erfülltes Arbeitsleben? Zu welchen gesellschaftlichen Veränderungen führt sie? Was ist, wenn der Arbeitnehmer ihre Anforderungen nicht erfüllt?

Die bayerische Arbeits- und Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) eröffnete die Tagung „Entgrenzungen in der Arbeitswelt“ und diskutierte mit Volkswirten, Soziologen, Arbeitsrechtler, Berufsberatern und Betriebsräten. Die Ministerin ist als Anwältin für Arbeitsrecht vom Fach. Seit Jahren setzt sie sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Sie begann grundsätzlich: Die Verschmelzung von Berufs- und Privatleben ist nichts Neues. Die Regelung von Arbeitszeiten, Urlaub, Arbeitsunfähigkeit oder Versicherungen besteht schließlich erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und ist schon wieder ein Auslaufmodell. „Tarifliche 38-Stunden-Wochen, lebenslange Anstellungen bei einem Arbeitgeber und ein Gehalt, das zum Lebensunterhalt für eine ganze Familie reicht – der Erwartungshorizont unserer Eltern gilt heute nicht mehr“, sagte Haderthauer.

Der Arbeitsmarkt sei entgrenzt von vielen Seiten. Erstens die Entgrenzung durch die Emanzipation: Die erwerbstätige Frau von heute arbeitet in Teilzeit oder Minijob. Das sind lediglich Zusatzverdienste, die niemanden ernähren können. Zweitens die Entgrenzung durch den Verbraucher: Fast jederzeit einkaufen können bedeutet Arbeit auch an Wochenenden und am Abend – mehr konsumiert wird dadurch aber nicht. Drittens die Entgrenzung durch Globalisierung: Dank modernster Handys sind wir immer und überall erreichbar, halten Telefonkonferenzen mit der ganzen Welt – wenn es sein muss, auch nachts. Haderthauer sieht gefährliche Konsequenzen: „Im heutigen Arbeitsschutz geht

es nicht mehr um abgeschnittene Finger, sondern um psychische Belastungen, weil die Menschen ihre Grenzen nicht mehr selbst setzen können. Flexibel arbeiten muss nicht immer mehr arbeiten bedeuten.

Grenzziehungen

Damit hören die Entgrenzungen nicht auf. Wo ist die Grenze zwischen Privatleben und Beruf? Was, wenn das Wissen an seine Grenzen stößt und eine



Christine Haderthauer: „Mein Ziel ist nicht die arbeitsgerechte Familie, sondern die familiengerechte Arbeitswelt“

Fotos: Haas

Weiterbildung notwendig ist? Wo liegt die Grenze für das Anbieten von Zeitarbeit? Bereits vor der Tagung hatte sich Christine Haderthauer dazu geäußert: „Flexibilität ist in der modernen Lebens- und Arbeitswelt von zentraler Bedeutung. Sie kann be- und entlasten, Arbeitgeber- oder Arbeitnehmer-

orientiert sein. Entscheidend ist die richtige, qualitativ hochwertige Flexibilität – gerade auch für Familien. Mein erklärtes Ziel ist nicht die arbeitsgerechte Familie, sondern die familiengerechte Arbeitswelt.“ Da verwundert es nicht, wenn die Lösungsansätze der Staatsministerin vor allem in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen – aber auch im Mut zum Risiko.

„Wir haben die beste soziale Absicherung weltweit, aber die meiste Angst vor Arbeitslosigkeit“, meinte Haderthauer. Sie empfiehlt „modulares Denken“. Wenn zum Beispiel das Wissen aus der Ausbildung überholt sei, was spräche dann gegen den Ausstieg aus dem Beruf, Weiterbildung, Kindererziehung und dem Wiedereinstieg? Das sei allemal besser als aus der Familie eine „Relais-Station für Handlungsreisende“ zu machen.

Die Grenzen der Arbeitswelt verschieben sich ständig weiter. Wie sich diese Entgrenzung politisch gestalten lässt, versuchten bei einer Podiumsdiskussion zu beantworten: die Landtagsabgeordneten Peter Bauer (Freie Wähler), Brigitte Meyer (FDP), Joachim Unterländer (CSU) und Angelika Weikert (SPD) sowie der Bundestagsabgeordnete Thomas Gambke von Bündnis 90/Die Grünen.

Geißel Leiharbeit

Brigitte Meyer ist Vorsitzende des Landtagsausschusses für Soziales, Familie und Arbeit. Trotz Globalisierung sieht sie für die Landespolitik genügend Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklungen in der Arbeitswelt. Wer für die verschiedenen Lebensentwürfe der Menschen offen sei, könne in der Politik den Rahmen bestimmen, in dem Ganztagsbetreuung für Kinder, Elternzeit für Väter, flexible Arbeitszeiten, Betriebskindergärten oder die Eingliederung Behindeter realisiert werden können. „Familienfreundlichkeit gewinnt Arbeitskräfte, das

müssen wir der Wirtschaft klar machen“, meinte Meyer – und erhält dabei Zustimmung von Joachim Unterländer, der dem Arbeitskreis Soziales, Familie und Arbeit der CSU vorsitzt.

Zwei Aspekte der Entgrenzung sieht Unterländer als besonders wichtig an: Erstens müsse soziale Arbeit wie Kindererziehung oder Pflege zuhause endlich einen höheren Stellenwert erhalten. Zweitens fordert er Instrumente zur Eindämmung von Leiharbeit. Diese dürfe nur bei Auftragsspitzen eingesetzt werden, nicht aber zur Kostensenkung in Betrieben – da stimmten alle Gäste auf dem Podium überein.

Leih-, Zeit-, Teilzeit- und prekäre Arbeitsverhältnisse – den Druck auf die Arbeitnehmer hält Peter Bauer für nicht gerechtfertigt. „Wer Angehörige pflegt und seinen Beruf hintanstellt, wird später mit Altersarmut bestraft“, meint der Sprecher für Arbeit und Soziales der Landtagsfraktion der Freien Wähler. Den psychischen Druck auf die Arbeitskräfte (im Jahr 2010 schieden in Deutschland 70.000 Personen deswe-

gen vorzeitig aus ihrem Beruf aus) von Seiten der Politik zu lindern, hält Bauer für unmöglich. Ungleich wichtiger seien in diesem Zusammenhang zum Beispiel Betriebsärzte – oder einfach

auch zusammen, mal ein ruhiges Wochenende zu genießen. Doch die Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge habe dafür gesorgt, dass mittlerweile 28 Prozent der in

Deutschland Beschäftigten zu diesen Zeiten arbeiten. „Da stimmt doch was nicht“, meint der Bundestagsabgeordnete und spielt damit auch auf die Prämien von mehr als 7.000 Euro an, die gerade ein Autobauer seinen Mitarbeitern gezahlt hat. Leer ausgegangen ist dabei die große Masse an Zeitarbeitern, die dieselbe Arbeit verrichtet. Wer oder was kann da noch helfen?



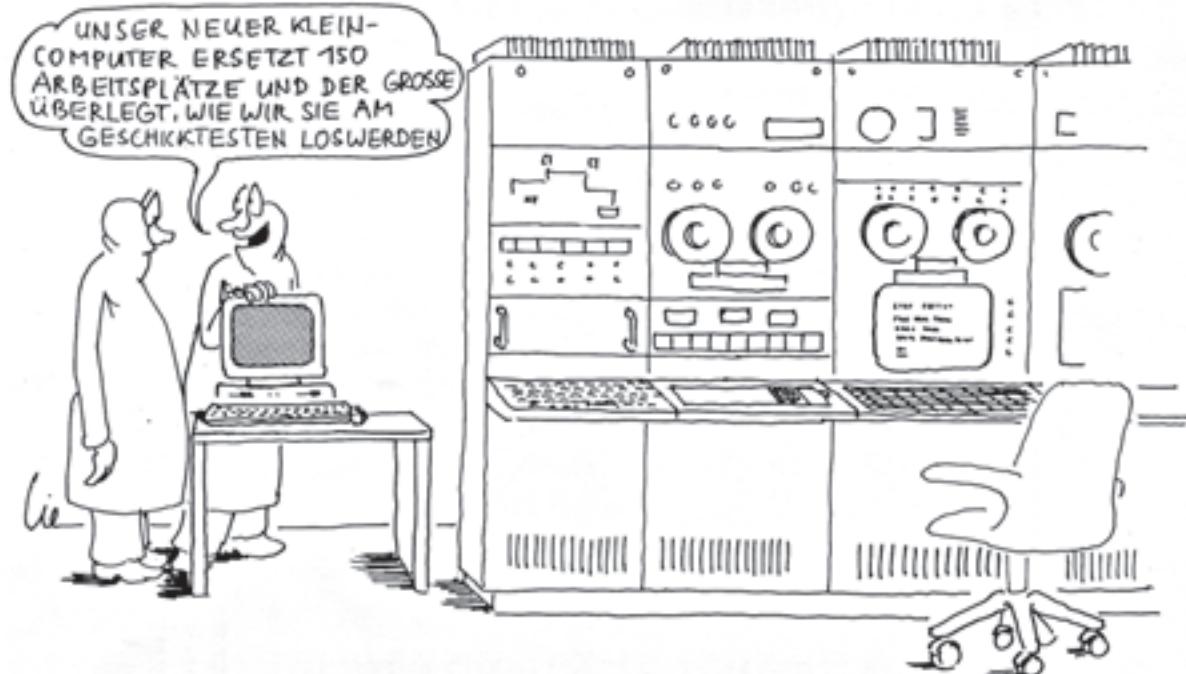
Brigitte Meyer: „Familienfreundlichkeit gewinnt Arbeitskräfte“

Joachim Unterländer fordert Instrumente zur Eindämmung von Leiharbeit

die gute alte Pause zum Reden. Doch in Zeiten flexibler Zeitkonten gebe es keine Zeit mehr für Reflexion und Dialog, merkte Thomas Gambke an. Er war vor seinem Wechsel ins Parlament Manager eines internationalen Technologieunternehmens. Im Bundestag gehört er dem Finanzausschuss und der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ an. Mit Lebensqualität hängt für Gambke

Diese Frage beantwortet Angelika Weikert – Sozialpolitikerin der Landtags-SPD – so: Gewerkschaften („Die können die Arbeitswelt humaner machen“) und Mindestlöhne („Ein Unternehmen, das mit Gehältern unter sieben Euro kalkuliert, kann so oder so kein Zukunftsmodell haben“). ■

Sebastian Haas



Zeichnung: Liebermann

Was qualifiziert für morgen?

Ausbildung, Studium und dann ein glatter Berufsstart in die entgrenzte Arbeitswelt? Auf der Tagung „Flexibilität als Norm“ kam auch zur Sprache, wie junge Menschen auf den Wandel des Arbeitslebens vorbereitet werden – und ob unsere Bildungskonzepte für die neuen Anforderungen tragfähig sind.

Zwei Schnittstellen standen im Blickpunkt: die zwischen Ausbildung und Beruf und die zwischen Studium im Beruf. Uwe Schwab ist für die Stadt Augsburg als Projektleiter im Übergangsmanagement Schule – Beruf tätig. Er widmete sich den Auswirkungen der gewandelten Arbeitswelt auf das duale System der Berufsausbildung. Dieses sei nach wie vor sehr erfolgreich: „Selbst die Chinesen fragen nach Experten, die sich damit auskennen, um es in China zu implementieren“, sagte er. Dennoch gibt es die Tendenz, dass die Unternehmen verstärkt Hochschul- und Universitätsabsolventen einzustellen. Vor zwanzig Jahren wurde in einem Unternehmen mit 1500 Mitarbeitern ein Industriekaufmann als Personalleiter eingestellt. „Heutzutage lesen sie bei solch einer Stellenanzeige ‚am liebsten mit Studium‘. Wir haben heute erhöhte Anforderungen, bei diesem Beispiel etwa im (sozial-)rechtlichen Bereich“, führte er aus.

Neue Berufe

Trotz immer mehr und immer spezifischerer Qualifikationen, die gefordert werden, betonte Schwab: „Ohne die Indianer geht es nicht. Wir brauchen unser Berufssystem, das schafft Stabilität“, sagte er. Wie reagiert nun das duale System, um diese Stabilität aufrechtzuerhalten? Dazu nannte Schwab verschiedene Beispiele: etwa die Novellierung oder Kreation neuer Berufe wie den des „Mechatronikers“ oder des „Produktionsmechanikers“. Dies

seien Antworten auf die Flexibilitäts erforderisse und die Beschleunigungstendenzen in den Arbeitsprozessen. Eine Antwort auf die Breite der Anforderungen, die heutzutage verlangt werde, sei zudem die Modularisierung vieler Ausbildungsgänge. Dies gelte vor allem in den graphischen Berufen und im Einzelhandel. Für den Beruf des Mediendesigners können schon einmal dreißig Module zur Ver-

Das duale Studium besteht aus einer Ausbildung mit Abschluss in einem Unternehmen und parallel dazu stattfindendem Besuch einer Hochschule mit Bachelor-Abschluss. Vorteil für Unternehmen: Sie haben Fachkräfte, die sich im Unternehmen auskennen und darüber hinaus auch wissenschaftliches Prozesswissen aufweisen. Für Unternehmen sei das innovativ, für Bewerber aber hinsichtlich der Anforderungen knallhart.

Duales Studium

Schwab wies auch darauf, dass nicht alle die geforderte Beschleunigung und „das Zerren und Ziehen in Richtung immer höhere Fachkräftequalifikatio-



Zeichnung: Liebermann

fügung stehen. Im Einzelhandelsbereich „Discounter“ findet man die Auszubildenden an der Kasse, in den Räumen oder im Lager – Beratung findet so gut wie nicht statt. Diese steht jedoch zum Beispiel im Mode-Einzelhandel im Mittelpunkt – dabei geht es aber um den gleichen Beruf.

nen“ mitgehen können. Schulleiter von Haupt- und Mittelschulen würden ihm gegenüber klagen: „Wir sind Verlierer. Keiner will mehr da hin“. Die Haupt-/Mittelschüler würden immer stärker mit dem Gefühl in die Schule kommen, ohnehin keine Chance zu haben. „Diese jungen Menschen sind

motiviert und leistungsorientiert – nur nicht in der Schule: kein Wunder, wenn es heißt, ihr habt keine Chance“, so Schwab. Viele Probleme gründeten vielleicht gar nicht im Bildungswesen, sondern an der gesellschaftlichen Kultur, so der Augsburger Leiter des Übergangsmanagements Schule – Beruf.

Wie es um den Übergang Studium – Beruf steht und welche Anpassungsformen an neue Anforderungen dort

nehmen müssen nicht immer deckungsgleich sein. Frage man die Arbeitgeber nach einstellungsrelevanten Qualifikationen stehen (neben Fachwissen) Persönlichkeit und Praxiserfahrung an der Spitze. Die Dauer des Studiums spielt jedoch faktisch so gut wie keine Rolle. Möglicherweise hätten die Studierenden in der zusätzlichen Zeit mentale Reife und Praxiserfahrung gewonnen. Aus Sicht der Studierenden sei es aber immer noch die

ting und Vertrieb. So würden Abteilungsleiter großer Firmen die Studierenden mit den Realitäten der Arbeitsprozesse bekannt machen. Man bekäme so auch schon einmal Einblick in die logistische Hintergrundarbeit einer Operninszenierung. Zum Programm gehören auch Seminare über Sozialkompetenz.

Globalisierung und Transnationalisierung

Auch die Globalisierung und Transnationalisierung des Arbeitsmarkts findet ihre Abbildung in den Angeboten des LMU-Service: so insbesondere in einem Netzwerk an internationalen Praktikumsstellen und der Vermittlung entsprechender Sprachkenntnisse.

Eine wichtige Bedeutung kommt, so Erfurth, auch dem Mentorenprogramm zu. Als Mentoren fungieren knapp zweihundert Universitätsabsolventen, die nicht zwangsläufig der LMU entstammen, und die eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung besitzen. Durch das Mentorenprogramm werden den Studierenden Gelegenheit gegeben, mit Praktikern in Kontakt zu kommen und zum Beispiel fragen zu können: „Was versteht ihr eigentlich unter ‚Persönlichkeit‘?“.



Uwe Schwab (l.): Berufssystem schafft Stabilität. Dirk Erfurth (r.): Unternehmerisches Handeln auch als Angestellter ist u.a. eine entscheidende Qualifikation

Foto: Haas

praktiziert werden, stand im Zentrum der Vortrags von Dirk Erfurth, dem Leiter des Referats „Student und Arbeitsmarkt“ – Career Service der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Ausschlaggebend ist „Persönlichkeit“

Diese Einrichtung unterstützt Studierende auf ihrem Weg ins Berufsleben – mit Bildungsangeboten und Kontaktpflege: „Unser Service dient als Plattform für die Vernetzung unterschiedlicher Akteure. Wir sind verzahnt mit Verbänden, Unternehmen, Ministerien, europäischen Institutionen und der Arbeitsagentur“. Die Vorstellungen der Studierenden von den Anforderungen der Arbeitswelt und die konkreten Erwartungen der Unter-

Studiendauer, die einen enorm wichtigen Einfluss auf die Einstellungsentcheidung habe. Erfurth betonte jedoch, dass stattdessen Praxiserfahrung und „Soft Skills“ eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Nach diesen Erkenntnissen richtet der Career-Service sein Programm aus. In Programmkursen können Studierende unternehmerisches Handeln aus erster Hand kennenlernen, etwa im Bereich Veranstaltungsmanagement, Marke-

Unternehmerisches Handeln auch als Angestellter, Lern- und Einsatzbereitschaft sowie Teamfähigkeit sind entscheidende Qualifikationen in einer Zeit, in der Projektarbeit eine immer wichtigere Rolle einnimmt. Die Beschleunigung und Verdichtung der Studien, die mit dem Bologna-Prozess verfolgt wird, würde die tatsächlichen Anforderungen der Arbeitswelt dagegen kaum erfassen, so der Leiter von „Student und Arbeitsmarkt“. ■

Gero Kellermann

Linktipps:

Übergangsmanagement Schule und Beruf der Stadt Augsburg:
<http://www.uebergangsmanagement.augsburg.de/>

Student und Arbeitsmarkt - Career Service der Universität München:
<http://www.s-a.uni-muenchen.de/index.html>

Job-, Stellen- und Praktikabörse der Universität München:
<http://www.s-a.uni-muenchen.de/studierende/jobboerse/index.html>

Selbstvermarktung, Vernetzung und Kommunikation

Strategien gegen die Überforderung

Auf der Tagung über die entgrenzte Arbeitswelt wurden auch wissenschaftliche Forschungen vorgestellt.

Hilmar Schneider, Direktor für Arbeitsmarktpolitik am Institut zur Zukunft der Arbeit in Bonn, sieht ein zentrales Problem der heutigen Arbeitswelt: Handlungsanweisungen werden durch Zielvereinbarungen ersetzt. Der Taylorismus – das Prinzip der Prozesssteuerung von Arbeitsabläufen und klaren Hierarchien – habe ausgedient. An seine Stelle tritt die gesteigerte Ver-



Hilmar Schneider: „Eigenbrötler haben keine Chance auf dem Arbeitsmarkt“
Fotos: Haas

antwortung und Selbstorganisation der Arbeitsnehmer in Projekt- und Teamarbeit. Fachliche Kompetenzen werden vorausgesetzt, zusätzlich gefragt sind nun auch die sozialen: Selbstvermarktung, Vernetzung und Kommunikation. „Eigenbrötler haben praktisch keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt“, meint Schneider.

Keine Arbeit = Stress

Manche dieser sozialen Kompetenzen kann man lernen, manche nicht. Wer bei all diesen Anforderungen kaum noch hinterherkommt, der erkrankt psychisch, leidet unter Stress und

Burn-out. Ist dieser nun eine ernstzunehmende Depression? Oder nur eine Modekrankheit? Nimmt der Stress wirklich zu? Der Arbeitsmarktforscher ist skeptisch und zieht die Glücksforschung zu Rate. Die besagt, dass die mittleren Jahrgänge, die heute den Arbeitsmarkt dominieren, tendenziell unglücklicher sind als junge oder alte Menschen – ihnen kann man es also schwer recht machen. Wahrer Stress ist für Hilmar Schneider ein ganz anderer: nämlich der, keine Arbeit zu haben.

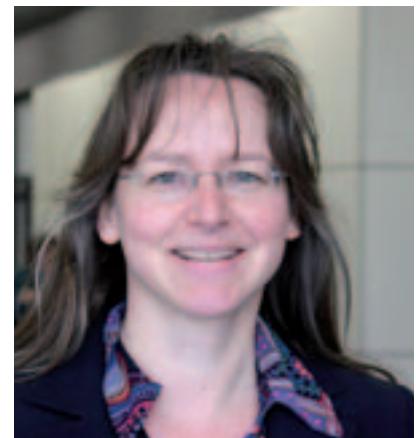
Überforderung der Bürger

Kerstin Jürgens, Leiterin des Fachgebiets Mikrosoziologie an der Universität Kassel, nahm das sogenannte Deutsche Modell in den Blick. Denn der Wandel der Arbeitswelt bringt eine Vielzahl von Widersprüchen in die Trias aus Erwerbsarbeit, Sozialstaat und Familie: Im Job handeln wir vermehrt als eigene Kleinunternehmer – sind aber in den meisten Rahmenbedingungen fremdbestimmt.

Wir sind mündige Bürger und können Ansprüche an den Sozialstaat stellen – doch die Arbeits- und Sozialpolitik verlangt Rechenschaft und legt es darauf an, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen.

In der Familie finden wir Geborgenheit – aber haben wir noch Zeit für sie, wenn beide Eltern Vollzeit arbeiten müssen und wenn Frauen weiterhin den Großteil der Hausarbeit zu stemmen haben? So können wir an allen Ecken und Enden überfordert sein: mit der Arbeit, mit uns selbst, mit den sozialen Beziehungen, mit der Gesellschaft. Wer da nicht aktiv Grenzen zieht, nabelt sich schnell ab. Nach An-

sicht der Soziologin Jürgens kann man diesen Tendenzen nur effektiv entgegensteuern, wenn die folgenden Fragen befriedigend beantwortet werden: Wie professionalisiere ich die Berufe, die uns bei der Lebensführung unterstützen – von der Erzieherin bis zur Pflegekraft? Wie kann ich Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Gesundheit und sozialer Einbindung sichern? Wie kann ich meine eigenen Bedürfnisse befriedigen? Und müssen für das lebenslange individuelle Lernen verpflichtende Angebote bereitgestellt werden?



Kerstin Jürgens: „Mit der entgrenzten Arbeitswelt sind viele überfordert“

Das Wechselspiel zwischen Sozialschutz und Wettbewerbsdruck war das Thema von Volker Rieble, Professor am Zentrum für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen der Universität München. Zugespitzt trug er seine Thesen vor. Weil wir nur an den eigenen Vorteil denken, kaufen wir nicht die hier produzierte Waschmaschine, sondern das chinesische Modell für ein Viertel des Preises. Warum werden Frauen in Deutschland so viel schlechter bezahlt als Männer oder gar nicht erst eingestellt? Weil die Arbeitgeber die Kosten für den Mutterschutz tragen müssen. ■

Sebastian Haas

Mörderische Phantasien

Selbstdarstellung von Attentätern im Internet

Am 26. April 2012 war es auf den Tag genau zehn Jahre her, dass ein Schüler am Erfurter Gutenberg-Gymnasium zwölf Lehrer, eine Sekretärin, zwei Schüler und einen Polizisten umbrachte. Anschließend tötete er sich selbst. Der Jahrestag dieser Gewalttat bot Anlass für eine Tagung der Akademie in Bayreuth gemeinsam mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Medienkompetenz (EAM) über die mediale Selbstdarstellung jugendlicher Attentäter im Internet.

„Wir haben die Tat überstanden. Die Schulgemeinschaft lebt“, sagt Christiane Alt. Es ist der Schlusspunkt ihres Vortrags über das Erfurter Massaker und die Trauerarbeit am Gutenberg-Gymnasium in den letzten zehn Jahren. Alt war damals und ist heute dort Rektorin. Ihr Anliegen: Sie will nicht, dass der Täter bei der Erinnerung einen zu großen Raum einnimmt: „Wir kämpfen dafür, die Opfer im Blick zu behalten.“ Dazu dient auch die schlichte Gedenktafel etwas abseits des Eingangs: „Man kann, aber man muss nicht jeden Tag daran vorbeilaufen“, sagt die Schulleiterin.

Nach der schrecklichen Tat wurde das Schulhaus geschlossen und umgebaut. Alt spricht von Vertreibung, nicht

von Auslagerung. Drei Jahre war die Schulfamilie provisorisch in einem anderen Gebäude untergebracht.

Es folgte die „Rehabilitation“, die Nachsorge: „Wie können wir mit dieser Erinnerung weiterleben? Wie leben wir unseren Alltag?“ 14 Lehrkräfte und der Hausmeister von damals sind heute noch an der Schule. Und noch immer können nicht alle über die Tat reden. „Wenn ein Windstoß lautstark eine Tür zuknallen lässt, ist es für man-

chen mit der Beherrschung sofort vorbei und er muss aus dem Unterricht raus“, sagt Alt. Für sie erschreckend sei eine weitverbreitete und lebensgefährliche Ignoranz („Bei uns kann so etwas nicht passieren“). Es könnte überall passieren. Dabei seien Notfallpläne und Krisenteams hilfreich für die Aufklärung, konkret in der Gefahrensituation helfen sie jedoch nicht. „Wenn etwas passiert, wird man überflutet.“ Wichtig seien Netzwerke, vor allem die Zusammenarbeit mit der Polizei.



Am Erfurter Gutenberg-Gymnasium tötete der Schüler Robert S. 16 Menschen und sich selbst
Foto: wikimedia commons



Rektorin Christiane Alt war Zeugin des Attentats am Erfurter Gutenberg-Gymnasium vor zehn Jahren
Foto: Seitz

Keine spontanen Taten

Anna Lippok arbeitet mit einem Forschungsteam (NETWASS – Networks against School Shootings) an der FU Berlin an solchen Krisenpräventionsverfahren. Die Psychologin weiß: „Es gibt keine monokausalen Erklärungsmuster für solche Taten und keine Täterprofile.“ Die Fälle von Emsdetten im Jahr 2006 und Winnenden im März 2009 (16 Tote) sind unterschiedlich zu bewerten. Die Taten seien auch nicht spontan, sondern geplant. Und solche schweren Gewalttaten seien immer Endpunkt einer krisenhaften Entwicklung über viele Stationen und mehrere Jahre hinweg, bei der viele Faktoren zusammenwirken. Mündliche und schriftliche Gewaltankündigungen,

aber auch Zeichnungen, müssten ernst genommen werden. Im Internetzeitalter kommen oft auch Filme, Fotos und Webseiten dazu. Weitere Warnsignale seien ein ausgeprägtes Interesse an Themen wie Waffen und Krieg und eine intensive Beschäftigung mit anderen, zurückliegenden Taten. Dazu kommt häufig eine äußere Erscheinung und Bekleidung, die sich an entsprechenden medialen Vorbildern orientiert. Suizidtendenzen und -ankündigungen vervollständigen die Risikofaktoren. Bei allen bekannten Tätern in Deutschland und den USA seien diese Dinge oft sehr früh im Verlauf zu beobachten gewesen und wiederholt aufgetreten. Allerdings gilt auch: Einzelne Faktoren dürfen nicht überbewertet werden. Wichtig seien immer Dauer und Intensität der Äußerungen.

Niedriges Selbstwertgefühl

Zur krisenhaften Entwicklung der potentiellen Täter gehören ein niedriges Selbstwertgefühl, introvertiertes Verhalten, soziale Unsicherheit und Suizid-Neigung. Dazu kommen negative Erfahrungen mit Schülern und Lehrern, Interesse an Waffen und ein intensiver Medienkonsum mit Gewalt. Im Einzelfall kommt es dann zur Eskalation und zur geplanten, schweren Gewalttat.

Anna Lippok empfiehlt für die Prävention: „Wenn es solche Hinweise auf eine krisenhafte Entwicklung gibt, müssen die Lehrkräfte genau hinsehen und ihre Erkenntnisse an die Partner bei der Krisenprävention weitergeben.“ Diese sollen sich dann einen Überblick verschaffen, die Informationen verdichten und sich beraten. Dann müsse der Handlungsbedarf analysiert und gegebenenfalls Hilfe initiiert werden.

Am Ende steht dann der Notfallplan. Schüler sollten in solchen schwierigen Situationen auf keinen Fall allein ge-

lassen werden. Bindung, Aufmerksamkeit, Zuhören und offene Türen seien wichtig, sagte Lippok.

Selbsthilfegruppe online

Diese Erfahrung machte auch Christoph Szumelda. Nach dem Schulattentat von Columbine in den USA begann er in einer psychisch schwierigen Phase sich für die Täter zu begeistern. „Ich war ein Außenseiter und lebte in meiner eigenen Welt“, sagt er heute. Hilfs- und Gesprächsangebote gab es für ihn nicht. Aus seiner Verehrung für die Columbine-Attentäter entstand seine Webseite www.wkea.org.

Wkea steht dabei für „we kill em all (Wir töten sie alle)“. Heute versteht sich Szumelda als Moderator einer Selbsthilfegruppe im Internet, die gefährdete Jugendliche anspricht und von ihren Plänen abbringen will. „Wir machen Präventionsarbeit und lassen sie nicht allein mit ihren Phantasien.“ Über geschlossene, verschlüsselte Foren und einen Chat hält er Kontakt. Gelegentlich bekommt er auch Handy-Nummern und kann direkt mit den Jugendlichen sprechen. Verständnis und Offenheit sind seine Prinzipien. Gruppenbildung und Gemeinschaftsgefühl sollen sich entwickeln und die Teilnehmer aus ihrer Isolation holen. „Es gibt keine Zwänge, sonst kriegen wir sie nicht“, sagt Szumelda. Auch der Attentäter von Emsdetten, Bastian B., gehörte zu seinen Freunden. Ihn konnte er jedoch nicht von seiner Tat abbringen. Wenn er darüber spricht, packen ihn noch heute die Emotionen.

Risiken medialer Gewalt

Peter Sitzer vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld hat

viele Studien über die Wirkung von Medien auf Gewalttäter verglichen und kommt zu dem Ergebnis: „Medien sind nur ein Faktor neben anderen, bedeutsameren Faktoren. Es liegen keine belastbaren empirischen Belege für einen generellen, langfristigen und monokausalen Effekt von medialen Gewaltdarstellungen auf Gewaltkriminalität vor.“ Das hieße aber nicht, dass mediale Gewaltdarstellungen wirkungslos seien. Schulamokläufer tragen ein erhöhtes Risiko, für die negativen Effekte medialer Gewaltdarstellungen anfällig zu sein. Meistens seien die Täter junge Männer, die einen hohen Medienkonsum mit vorwiegend gewalttätigen Inhalten haben. Nur 3 von 92 untersuchten Tätern waren weiblich. Ferner sei die Kommunikation zwischen Eltern und Kind häufig schlecht und es fehle an Medienerziehung im Elternhaus.

Sitzer forderte eine Debatte darüber, wie Medien über schwere Gewalttaten an Schulen berichten sollen. Schließlich würden die Täter versuchen, durch ihre Taten berühmt und unsterblich zu werden. Sein Kollege Nils Böckler – ebenfalls von der Universität Bielefeld – ergänzte: „Durch die Taten erfahren die Männer eine neue Sinngebung: Sie werden vom Nobody zum Superstar und sie haben die Aussicht darauf, sich in das kollektive Gedächtnis der Menschheit einzubrennen“.

Verantwortung der Medien

Kritik an den Medien kam von Christiane Alt: Sie sprach sich für einen Verzicht auf die Abbildung der Tatorte aus und forderte sprachliche Sorgfalt bei der Berichterstattung über Gewalttaten. Sie appellierte an die ethische Verantwortung der Journalisten im Umgang mit den Opfern und ihren Angehörigen. Sie dürften nicht vergessen, aber auch nicht unangemessen in die Öffentlichkeit gezerrt werden. Nicht allein der Täter dürfe im Mittelpunkt stehen. Dann habe er sein Ziel erreicht. Medienprofis müssten in ihrer Ausbildung besser auf solche Themen und Situationen vorbereitet werden, sagte Alt. ■

Michael Schröder

(Siehe Pressestimme Seite 29 und 30)

Linktipps:

- <http://www.ewi-psy.fu-berlin.de/v/netwass>
- <http://wkea.org/>
- <http://www.uni-bielefeld.de/ikg/>
- <http://www.gutenbergsgymnasium.de/neu/index.html>

Datensicherheit und Cyber-Mobbing

Schülerinnen diskutieren über Chancen und Risiken im Web 2.0

Wie schütze ich mich und meine Daten am besten im Internet? Wie sicher ist Online-Shopping? Speichert Facebook meine privaten Nachrichten? Das waren einige der wichtigsten Fragen von 12 Gymnasiastinnen aus Augsburg, die im Rahmen ihres P-Seminars einen Web 2.0-Kurs an der Akademie besuchten.

Neben diesen Fragen beschäftigten sie sich auch mit persönlichen Erfahrungen im Netz und diskutierten Vor- und Nachteile von sozialen Netzwerken. Facebook ist die bei Jugendlichen derzeit angesagteste Plattform. Alle des Kurses sind dabei. Im Durchschnitt nutzen 72 Prozent der 12- bis 19-Jährigen Facebook. Sabine Jörk, Kommunikationswissenschaftlerin und Medienpädagogin und Michael Schröder, Mediendozent der Akade-

mie, konnten den Schülerinnen einige Sorgen nehmen (mehr dazu auch im Interview mit Sabine Jörk). Die Aussage, Arbeitgeber würden Facebook-Profile von Bewerbern besuchen, sei hinfällig, sagte Jörk. Mit den entsprechenden Profileinstellungen könnten Dritte private Daten nicht einsehen. Es liege generell in der Hand des Nutzers, welche Daten er preisgibt und welche nicht. Wichtig sei es, immer wieder die Privatsphäre-Einstellungen

zu überprüfen und – auch wenn dies recht mühsam sei – die Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu lesen. Die Gymnasiastinnen schätzen an Facebook die Internationalität, Aktualität und die generelle Möglichkeit, mit Freunden Informationen, Daten, Termine und Fotos auszutauschen.

Ferner standen Themen wie Cyber-Mobbing, Online-Shopping, das Urheber- und Persönlichkeitsrecht im Internet auf der Tagesordnung. Oft kann das Netz selbst Antworten geben: Die Internetseite www.klicksafe.de, eine EU-Initiative, gibt auch Tipps zum Verhalten bei Mobbing im Netz. Generell gilt also: Ein bewusster Umgang mit Social-Media-Angeboten ist wichtig, man selbst entscheidet über seine Daten. ■

Carolin Dameris

„In den Medien wird manches dramatisiert“

Medienpädagogin über den bewussten Umgang mit sozialen Netzwerken

Die Kommunikationswissenschaftlerin Sabine Jörk war Referentin beim Web 2.0-Seminar mit den Augsburger Schülerinnen. Sie erläutert im Gespräch ihre Einschätzung zum Thema Facebook und Datenschutz.

Akademie-Report: Frau Jörk, besitzen Sie ein Facebook-Profil?

Sabine Jörk: Ja.

Haben Sie dieses zu Forschungszwecken angelegt oder nutzen Sie es auch privat?

Sowohl als auch, ich nutze es privat und auch für Projekte. Gerade habe ich ein Projekt gemacht, bei dem Personen über 50 unter Anleitung von Jugendlichen im Alter von 15 Jahren den Umgang mit Web 2.0-Angeboten gelernt haben, unter anderem auch von Facebook. Sie haben sich einen Zugang eingerichtet und eine Gruppe gegründet, in der sie sich jetzt austauschen können.

15-Jährige erklären also 50-Jährigen den Umgang mit Facebook?

Genau. Die Jugendlichen haben ihnen beim Anlegen des Profils und bei den Sicherheitseinstellungen geholfen, haben ihnen gezeigt, wie alles funktioniert, was man überhaupt machen kann.

Wie schätzen Sie die aktuelle Einstellung zu Facebook bei den Jugendlichen ein?

Jugendliche nehmen Facebook sehr positiv wahr. Werden sie beispielsweise im Kontext eines Seminars gefragt, dann müssen sie natürlich auf die negativen Aspekte hinweisen – aber letztendlich sagt uns die For-



Sabine Jörk forscht über Jugend und Internet Foto: Schröder

schung, dass man sich erst mit zunehmendem Alter der Risiken bewusst wird. Jugendliche sind grundsätzlich unbefangen. Was sich auch stark verändert hat – das betrifft aber auch die Elterngeneration dieser Jugendlichen.

chen – ist die Einstellung zum Datenschutz. Das Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 ist heute kein Thema. Anlass war eine für April bis Mai 1983 geplante, aufgrund des Urteils erst 1987 modifiziert durchgeführte Volkszählung in der Bundesrepublik. Damals etablierte sich das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Heute gehen Eltern selber ganz unbefangen mit den Daten um. Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, dass die Jugendlichen wenig Sensibilität entwickeln.

Viele Eltern haben aber einige Bedenken gerade hinsichtlich des Datenschutzes bei Facebook. Das würde ja Ihrer Äußerung widersprechen.

Das sind die Eltern vor allem von Jüngeren, die selbst noch nicht in sozialen Netzwerken aktiv sind. Diese Angst kam aber vor allem auf, weil das Problem so in den Medien thematisiert worden ist.

Unkomplizierte Kommunikation

Wo sehen Sie derzeit bei Facebook das größte Potenzial?

Ich sehe ein großes Potenzial darin, dass man aktiv mitdiskutieren und sich in den gesellschaftlichen Dialog einklinken kann. Das ist natürlich in Deutschland noch überhaupt nicht der Fall, das sehen wir auch an der Nutzung. Kaum jemand schreibt etwas selber. Das sehen wir bei Twitter und den Blogs. Vielleicht gibt es das in speziellen Foren, dort hat es aber auch eine Weile gedauert, bis die Leute selbst etwas geschrieben haben.

Zurzeit finden wir eher die passive Nutzung, anders als beispielsweise in Großbritannien. Dort werden Social-Media-Angebote als Möglichkeit der gesellschaftlichen Vernetzung vergleichsweise intensiv genutzt. Dabei kann man als Einzelperson oder zusammen etwas bewegen – und da sehe ich auch das größte Potenzial in Facebook. Dazu kommen die sozialen Beziehungen, die ich auch für sehr wichtig halte: Gerade wenn man Beziehungen mit dem

Ausland pflegt, ist es nun mal eine unkomplizierte Art der Kommunikation.

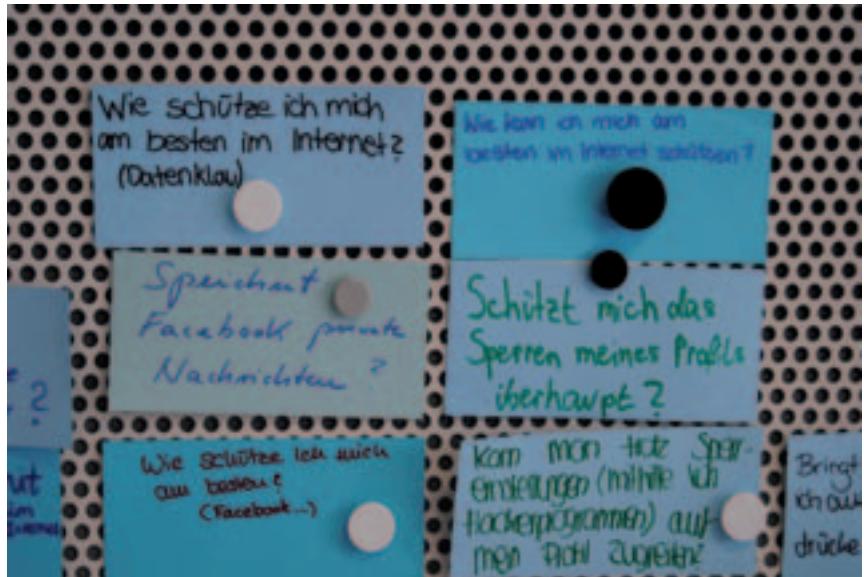
Facebook hat seit November 2011 eine Datenschutzbeauftragte. Wie wirkt sich das auf den Datenschutz der Nutzer in Deutschland aus?

In erster Linie war die Ernennung eine Reaktion auf die Sorge in den USA. Sie ist ja auch eine US-amerikanische Datenschutzbeauftragte, das heißt: Facebook versucht, einen legalen Weg

Netzwerke auszuprobiert. Facebook ist außerdem sehr attraktiv, da es eine *all-in-one*-Anwendung ist. Ich kann dort alles machen. Zu Twitter gibt es in Deutschland noch kein Bewusstsein; viele Leute wissen nicht, was sie damit anfangen sollen.

Haben Sie noch eine Empfehlung für besorgte Eltern?

Das wichtigste für Eltern ist, dass sie sich informieren – in den Einrich-



Fragen über Fragen zum Internet am Beginn des Seminars

Foto: Dameris

in den USA einzuschlagen. Ich denke aber auch, dass Facebook auf internationaler Ebene aktiv werden wird. Ich glaube nicht, dass die mit dieser negativen Publicity weitermachen wollen. Google ist der große Konkurrent. Wenn Google andere Bestimmungen hat, weichen die Dinge auf und Facebook macht auch mit.

Derzeit nutzt die überwiegende Mehrheit der 12- bis 19-Jährigen Facebook. Wird es diese Monopolstellung beibehalten? Welche Rolle spielen Angebote wie Twitter oder Google Plus?

Das ist sehr schwer einzuschätzen. Ich hätte gedacht, dass Google Plus schneller Mitglieder bekommt. Vielleicht ist gerade eine Art Sättigung eingetreten. Man hat jetzt schon so viele

tungen, die Informationen anbieten oder auf Webseiten, die sich diesem Thema verschrieben haben. Aber viele Eltern nehmen sich nicht die Zeit dafür. Das ist wie in der medienpädagogischen Arbeit. Sie können mit den Kindern gut arbeiten, aber die Eltern kommen nicht zu den Elternabenden. Oder es kommen die, die es eigentlich nicht nötig hätten.

Was zählt ist: sich selbst kompetent machen, sich über die Gefahren informieren. Nicht immer nur auf das hören, was in den Medien erzählt wird. Da werden oft Dinge dramatisiert, die eigentlich gar nicht so schlimm sind.

Das Gespräch führte Carolin Dameris

Neu, gut, besser?

Innovation als Thema in den Medien

Welche Rolle spielen Medien im Innovationsprozess – von der Idee bis hin zum Produkt im Laden? Wie beeinflussen Journalisten das Klima für Innovationen und damit auch die Chancen des Markterfolgs von neuen Produkten? Darüber diskutierten Wissenschaftler, PR-Berater und Berichterstatter.*

„Kommunikation entscheidet mehr denn je über Erfolg oder Misserfolg von Innovationen – vom Treibstoff E10 über Stuttgart 21 bis zur Stammzelldebatte. Nur wenn Medien, Politik und Unternehmen verantwortungsvoll, konstruktiv und transparent mit Innovationen umgehen, kann sie funktionieren.“

Was Alexander Gerber, Geschäftsführer von innokomm, dem Berliner Forschungszentrum für Wissenschafts- und Innovationskommunikation, gleich zu Beginn der Tagung sagte, ist so richtig wie problematisch. Denn die Kommunikation verändert sich grundlegend und wird unübersichtlicher: Wir informieren uns online auf Millionen verschiedener Internetseiten über die neuesten Ereignisse, über neue Produkte, über aktuelle Trends. In den Sozialen Netzwerken diskutieren wir unsere Erwartungen und Erfahrungen mit unseren Freunden, mit Politikern oder mit den Pressereferenten großer Konzerne. Wo hat da noch der Journalist Platz? Als Berichterstatter über Fehlschläge (siehe E10)? Oder als reiner Marketing-Jünger (wie bei fast allen Berichten über iPad, iPod oder iPhone)?

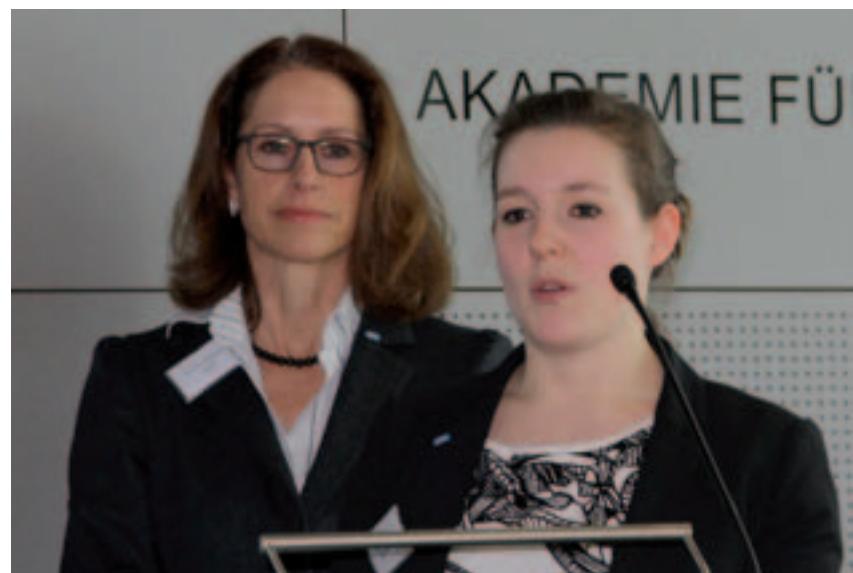
Dass die Wahrheit irgendwo dazwischen liegt, wenn das Neue in die Zeitung kommt, machten die Ausführungen zweier Journalisten deutlich: Georg Weishaupt vom Handelsblatt und

Helmut Martin-Jung von der Süddeutschen Zeitung. Während der eine Serien über Innovationen im Wirtschaftsressort verantwortet, betreut der andere eine regelmäßige Technikseite. Da geht es um neueste Entwicklungen aus den Laboren von Großunternehmen bis zu neuen technischen Geräten fürs Kinderzimmer, da kommen Berichte

Helmut Martin-Jung nahm die Unternehmen ebenso in die Pflicht („Innovatoren müssen wissen, wie Journalisten ticken“) wie seine eigene Zunft: Ein Hype, der beim Leser falsche Hoffnungen weckt, schade oft mehr als er nütze. Sicher sei aber eines: „Neues hat seinen Platz überall im Blatt, selbst im Feuilleton, wo man einen einordnen den Blick für das große Ganze hat.“

Frühzeitig berichten

Ebenso sicher ist: Guter Innovationsjournalismus ist eine Chance für den Qualitätsjournalismus und kann einen Mehrwert liefern. Das Forschungsteam



Katharina Seuser (links) und Jennifer Schwanenberg: „Frühe Berichterstattung kann Meinungsbildung beeinflussen“
Fotos: Haas

von Messen oder Testergebnisse. Erfindungen, die weit von der Marktreife entfernt sind, finden kaum den Weg ins Blatt: zu weit weg von der Lebenswelt – daher die große Aufmerksamkeit für Lifestyleprodukte und Autos.

von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg um Katharina Seuser, Andreas Schümchen und Jennifer Schwanenberg sieht dafür eine entscheidende Voraussetzung: Zusammenarbeit. Nur wenn Wirtschafts- und Politikredakteure, Experten für Soziales und Lokales im Team wirken, entstehen gemeinsame Begriffe. Nur so ist das Resultat ein verständlicher und nützlicher Bericht. Und wenn die Journalisten dann noch frühzeitig und die Innovation beglei-

*in Zusammenarbeit mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, innokomm (Forschungszentrum für Wissenschafts- und Innovationskommunikation) und dem Forum Technikjournalismus

tend berichten, können sie sogar noch die öffentliche Meinung beeinflussen. Oder zugespitzt gefragt: Wäre das Chaos um E10 oder Stuttgart 21 überhaupt entstanden, wenn die Konzerne früher informiert, die Politiker früher reagiert und die Medien nicht erst bei der Eskalation berichtet hätten?

Nutzen ist wichtig

Auch die Unternehmensseite kam zu Wort. Auf dem Podium trafen sich die Berater Johannes Lang und Boris Mackrodt sowie Ulrich Eberl, Leiter der Innovationskommunikation von Siemens. Dazu traten Manfred Pietschmann (Chefredakteur von Technology Review) und Andreas Schümchen. Sie stellten fest: Innovativ sind nicht nur Erfindungen, sondern auch die Bereitschaft, Dinge anders zu machen, kooperativ und interaktiv zu sein. Innovation kommt nur eine Bedeutung zu, wenn sie sich in der Lebenswelt durchsetzt. „Technik wird nur dann leicht akzeptiert, wenn der Nutzen sofort ersichtlich ist – etwa bei Handys, mp3 oder SMS, neuen Haushaltsgeräten oder Autos. Je abstrakter der Nutzen, desto größer die Skepsis“, meint Ulrich Eberl.

Emotionen wecken

Es geht eben um mehr, als nur etwas bekannt zu machen. Um Skepsis vor Neuerungen abzubauen, hilft nur: Informieren, den Nutzen darstellen, die Komplexität reduzieren, Emotionen wecken. Deshalb richtet sich Siemens



Ulrich Eberl: „Je abstrakter der Nutzen, desto größer die Skepsis“

mit einer eigenen Zeitschrift nicht nur an Endkunden oder Forscher, sondern auch an Multiplikatoren wie Lehrer, Professoren, Politiker und Journalisten. Noch einen Schritt weiter geht,

wer Open Innovation betreibt: Ideen, Kompetenzen und Ressourcen von außen in ein Unternehmen bringt, diese bündelt und vernetzt. Davon können nicht nur Riesen wie Apple, Tchibo, BASF oder Fraunhofer profitieren, sondern auch kleine und mittlere Unternehmen.

Das wirft aber die Frage auf: Lohnt sich der Aufwand für eine solche integrierte Innovations-Kommunikation? Was ist in diesem Getümmel noch Interne Kommunikation, was Marktkommunikation und was Öffentlichkeitsarbeit? Es verwundert nicht, dass der Wissenschaftler Andreas Schümchen konstatiert: „Der Journalismus muss aufpassen, nicht den Anschluss zu verlieren – vor allem die Lokaljournalisten, die als erste das Neue aufspüren müssten.“

Dem widerspricht Manfred Pietschmann: Es gebe eine fundierte, kritische, einordnende, ganzheitliche Innovations-Berichterstattung im Großen wie im Kleinen. Letztendlich gelten die klassischen Spielregeln: Je besser sich die PR-Abteilung in die Journalisten hineinversetzen kann, desto eher landen die gewünschten Informationen auch in den Medien. ■

Sebastian Haas

(Siehe Presseschau Seite 31)



Zeichnung: Liebermann

45. Akademiegespräch im Landtag

Patron Putin

Margareta Mommsen zeichnet ein Bild Russlands nach der Präsidentenwahl

Super-Präsidialismus, oligarchischer Kapitalismus und massive Propaganda im Staatsfernsehen – es waren keine Komplimente, die Margareta Mommsen für die aktuelle Beschreibung Russlands unter Putin bereit hielt. Zwei Tage nach der russischen Präsidentenwahl referierte sie beim 45. Akademiegespräch im Bayerischen Landtag. Der Senatssaal allein konnte die zahlreichen interessierten Zuhörer nicht fassen. Der Plenarsaal musste ebenfalls für das Publikum geöffnet werden.

Landtagspräsidentin Barbara Stamm hatte zu Beginn darauf hingewiesen, dass auch unter der neuen Akademiedirektorin Ursula Münch die äußerst erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Volksvertretung und Akademie fortgesetzt werde. Sie betonte, dass zum ersten Mal in der über 15-jährigen Geschichte des Akademiegesprächs nur Frauen auf dem Podium seien. „Man muss gar nicht immer für die Quote kämpfen. Manchmal regeln sich die Dinge auf natürliche Weise“, kommentierte Stamm die neue Situation.

Direktorin Münch freute sich wie Stamm besonders über das auffallend junge Publikum, das sich auch rege an der anschließenden Diskussion beteiligte. Die dritte Frau im Bunde war die Russlandexpertin Margareta Mommsen von der Universität München, die bereits im November 2007 nach dem Ämtertausch mit Medwedjew die Lage in Russland bei einem Akademiegespräch analysiert hatte.

„Nach langer Passivität ist das Volk in Russland aufgewacht – zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion“, sagte Mommsen zu den aktuellen Demonstrationen und Unruhen in Russland. Sie verwies aber auch darauf, dass die mehreren zehntausend Protestierer auf den Straßen der Großstädte ins Verhältnis gesetzt werden müssten zur Gesamtbevölkerung Russlands. „Die Protestbewegung gegen Putin ist eine Sache der städti-

schen Mittelschichten, nicht der Menschen auf dem Land und in der Provinz“, sagte die Münchner Politikprofessorin.

Super-Präsidialismus

Die Gründe für die zunehmenden Spannungen zwischen Staatsführung und Volk sieht sie vielfältig: Da sei zum einen die ungenügende Vernetzung von Staat und Gesellschaft: „Es fehlen elementare Kommunikationskanäle. Es mangelt an der Repräsentation ganzer sozialer Schichten in Politik, Parteien und Parlament. Da bleibt nur der Gang auf die Straße, um sich Luft zu verschaffen“, sagte Mommsen, die 2003 emeritiert wurde. Noch immer sieht sie im politischen System des heutigen Russlands „Reste der Jelzin-Ära“. Die Macht sei in der Exekutive konzentriert, man könne von einem Super-Präsidialismus sprechen.

Dazu komme die Verschmelzung von politischer und wirtschaftlicher Macht, was zu einem „oligarchischen Kapitalismus“ führe. Im Kreml seien mächtige Gruppen und Clans entstanden. „Diese Wirtschaftsführer sind die eigentlichen Akteure“. Das sei aber alles nicht transparent. Im Gegenteil: „Intransparenz ist ein wesentliches Merkmal des Systems Putin“, sagte Mommsen. Das „Business“ (inzwischen ein russisches Wort) habe zunächst den Staat erobert, jetzt laufe es auch in der

Gegenrichtung: Der Staat erobere das „Business“. Hohe Beamte bildeten die neue Oligarchie.

Gewaltenteilung abgebaut

Putin setze auf Wachstum, Stabilität, einen starken Staat und auf eine Rolle Russlands in der ersten Liga der Weltmächte. Er würde seinem Volk auch ständig erklären, dass es noch nicht reif sei für die Demokratie. Die Gewaltenteilung sei massiv abgebaut wor-



Margareta Mommsen: „Die neue Mittelschicht in den Städten trägt den Protest gegen Putin“

Foto: Haas

den: Kontrolle über Partei und Medien sowie die Gängelung des Parlaments sind weitere Elemente der Herrschaft des alten und neuen Präsidenten. „Das ist eine gelenkte Demokratie“, kennzeichnete Mommsen die aktuelle Lage. Der offizielle Begriff lautet: souveräne Demokratie. Das sei aber ein propagandistischer Kampfbegriff, der den Anspruch auf den eigenen Weg Russlands deutlich mache und gleichzeitig signalisiert, dass man keine Einmischung in die inneren Verhältnisse wünsche und dulde.

Im Vier-Parteien-Parlament sitzen folgsame Erfüllungsgehilfen des Kreml, so Mommsen. Es gebe dort keinen Platz für Diskussionen. Putins Partei „Einiges Russland“ sei ein bürokratisches Machtkartell und Anhängsel der Administration, das nur Direktiven der Staatsführung empfange und weiterleite. Auch die anderen seien Satellitenparteien, lediglich die Kommunisten seien die einzige moderne Partei in unserem Sinne.

50 reiche Familien an der Spitz

Das kontrollierte Staatsfernsehen sei ein integraler Bestandteil der „Vertikale der Macht“. Unablässig macht es Werbung für das System. Opposition kommt im Programm nicht vor. „Dabei informieren sich 98 Prozent der Menschen über Politik aus dem Fernsehen“, sagte Mommsen. „Es lullt die Zuschauer ein.“

Korruption und Kooptation williger und absolut loyaler Vertrauensleute Putins, die durch „negative Selektion“ zu ihren Posten kämen, seien weitere Bausteine im Machtgefüge, an deren

Spitze der „Familienunternehmer Putin“ stehe. Etwa 50 Familien gehören zu diesem engen Kreis der Macht. „Patron Putin“ stehe für diese Art des „patronalen Präsidentialismus“, sagte die Russlandexpertin.

Arroganz der Macht

Früher konnte sich Putin auf rund 70 bis 80 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung stützen. Ab 2010 sei diese Unterstützung immer weiter zurück gegangen. Bei den Wahlen bekam Putin trotz nachgewiesener Fälschungen und Manipulationen nur noch 64 Prozent. „Aber selbst wenn man rund 14 Prozent Fälschungen abzieht, hat Putin noch eine Mehrheit“, sagte Mommsen.

Die „operettenhaft inszenierte“, gegenseitige Nominierung von Putin und Medwedjew und der Plan eines neuerlichen Ämtertauschs im September 2011 habe in der neuen Mittelklasse, die eher für Medwedjew war, die Initialzündung für die Demonstrationen gegen Putin gebracht: „Diese Arroganz

der Macht traf den Nerv der Gesellschaft.“ Erste Proteste und Versammlungen gab es im Dezember 2011 nach dem Bekanntwerden größerer Wahlfälschungen und Manipulationen bei der Duma-Wahl. Zunächst gingen 60 000, später 100 000 Teilnehmer gegen Putin auf die Straße. Das Regime reagierte heftig mit über 1000 Verhaftungen. Putins verächtliche Äußerungen über die Demonstranten und sein Zynismus stachelten den Widerstand noch weiter an.

,Nach langer Passivität ist das Volk in Russland aufgewacht – zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion“

Bei der Mobilisierung spielt auch das Internet und die sozialen Netzwerke eine Rolle. „Die neue und junge städtische Mittelklasse, die sich nicht repräsentiert fühlt, trägt diesen Protest“, sagte Mommsen.

Gegenwärtig sieht die Politikwissenschaftlerin keine Chance, dass sich Putin vom Autokraten zum Demokraten wandelt. Seine Kritiker werden als Agenten des Westens denunziert. Was es nach Mommsens Ansicht jetzt braucht, ist ein konstruktiver Dialog mit der Opposition. „Das dysfunktionale Regierungssystem muss geschleift werden.“ Die reiche Oberklasse müsse aus ihrem „Schattenleben“ heraus. Neue Parteien, die die wirkliche Gesellschaft repräsentieren, und Organisationen einer demokratischen Zivilgesellschaft müssten geschaffen werden. „Der Versuch der Eingipsung der Gesellschaft hat sich definitiv ausgelebt. Davor kann Putin nicht mehr die Augen verschließen“, meinte Mommsen abschließend. ■



„Im Hinterhof der Demokratie“

Zeichnung: Tomicek

Michael Schröder

2. Tutzinger Didaktikforum

Politische Praxis spielerisch erfahren

Anwohner und die Bürgerinitiative gegen eine geplante Windkraftanlage in Oberbayern fühlen sich ohnmächtig in der Gemeindeversammlung. Gegen das geballte Expertenwissen, die wirtschaftlichen Interessen der Betreiber und gegen die offenkundig schon feststehende Meinung des Bürgermeisters sehen sie sich ohne Chancen. „Sehr realistisch“ sagt ein Teilnehmer anschließend. Doch wir sind nicht in der Realität einer Kommune, sondern beim Planspiel „Energetingen“, das der Mathematik- und Physiklehrer Klaus Masch und Maximilian Knogler, Mitarbeiter der TU München (School of Education), entwickelt haben und in Tutzing bei einer Tagung mit politischen Bildnern vorstellten. Das Tutzinger Didaktikforum* fand bereits zum zweiten Mal statt.

Im Planspiel „Energetingen“ versucht ein Landkreis die Energiewende und die Abkehr von der Atomkraft politisch zu realisieren. In Gemeinde- und Kreiskonferenzen prallen die unterschiedlichen Interessen aufeinander: Anwohner, Betreiber, Umweltschützer, Tourismusmanager und Gewerkschaf-ten. Im Planspiel werden die gesellschaftlichen Konflikte in einem realistischen Szenario simuliert und von Fall zu Fall eventuell mit den tatsächlichen Entscheidungen in der politischen Praxis konfrontiert und verglichen.

Lehrstück Simulation

Ebenfalls praxisnah wurde es bei der „Simulation Dorfgründung“ von Andreas Petrik (Universität Halle-Wittenberg). Ein verlassenes Pyrenäendorf soll neu besiedelt und bewirtschaftet werden. Strittige Fragen und Konflikte wie Straßenbau, Versorgung und Wirtschaften tauchen schnell auf und müssen geregelt werden – wie, bleibt den Dorfbewohnern überlassen. Schneller kann man politische Entscheidungsprozesse nicht erfahren und lernen, sie demokratisch zu gestalten. Laut Petrik ist es ein „Lehrstück und eine Einführung in demokratische Streitkultur, politische Urteils- und Identitätsbildung sowie gesellschaftstheoretisches Denken.“

Willy Kriz von der Fachhochschule Vorarlberg stellte kleine und kürzere Formen des Planspiels wie „Star Power“ vor, die ohne große Szenarien und lange Vorbereitungszeit auskommen. Mit Plastikchips werden in kürzester Zeit

Aber es gibt auch soziale und solidarische Unterstützungsmaßnahmen, um den Schwächeren in der Gesellschaft beizustehen.

Um den Gesetzgebungsprozess im Bayerischen Landtag geht es im Planspiel „Der Landtag sind wir“, das Mit-Entwicklerin und Trainerin Eva Feldmann-Wojtachnia vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München vorstellt. An einem Tag in der Schule oder auch im Plenarsaal des Landtags werden jugendspezifische Themen wie Schulreformen, Wahlalter 16, Kriminalitätsprävention oder Jugend und Drogen beraten. Die Schüler schlüpfen dabei in die Rolle von Abgeordneten. Wie im richtigen Parlamentsbetrieb erarbeiten und diskutieren sie in verschiedenen Fraktionen und Ausschüssen konkrete Gesetz-



Die Gemeindekonferenz der Kommune Stürmlingen im Landkreis Energetingen berät über die Errichtung einer Windkraftanlage auf ihrem Gebiet
Foto: Schröder

die Mechanismen des Kapitalismus deutlich und manch einem „Spiel“-Teilnehmer wird bewusst, wie schnell aus eigentlich netten Mitspielern geldgierige Neider werden, die mit Manipulationen den sozialen Aufstieg anderer zu verhindern suchen.

entwürfe, debattieren darüber im Plenum und stimmen ab.

Die Tagung machte deutlich, wie vielfältig die Methode Planspiel ist, und wie schnell komplexe politische Prozesse anschaulich erfahrbar gemacht werden können. ■

Michael Schröder

* in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Vernunft, Recht und Staat im Hinduismus

Hinduismus dient als Bezeichnung einer Vielzahl, mitunter gegensätzlicher Geisteshaltungen und Philosophien, atheistische und polytheistische, akosmische und pantheistische Anschauungen fallen darunter. Angesichts dieser Vielfalt von Wesensmerkmalen und Grundprinzipien zu sprechen, bedeutet, sich „nah an einem Schreibtischkonstrukt“ zu bewegen, wie Bernhard Uhde, Religionswissenschaftler der Universität Freiburg, meinte. Darin waren sich alle Vortragenden der Tagung über „Vernunft, Recht und Staat im Hinduismus“ einig.

Perry Schmidt-Leukel von der Universität Münster fasste es so: „Es gilt immer auch das Gegenteil.“ Hinduismus ist nicht die Selbstbezeichnung einer Religionsgemeinschaft mit klar definierten Dogmen und Riten, sondern eine Fremdzuschreibung.

Im achten Jahrhundert durch einwandernde Muslime und ab dem 18. Jahrhundert durch die Kolonialmacht Großbritannien eingeführt, wurden darunter all jene gefasst, die keiner der bekannten Religionen zuzuordnen waren. Dennoch fand Uhde einen kleinsten gemeinsamen Nenner des Hinduismus in der Überzeugung einer universalen Kausalität. Von ihr gibt es keine Ausnahme, alles ist in einem zeitlichen, kausalen Fluss. Daher verpufft auch das Leben nicht und es geht nicht einfach zu Ende, sondern gemäß dem vorher Getanen kleidet sich jedes Leben wieder neu ein. So gilt – hinduistisch betrachtet –, dass wir uns eigentlich selbst gemacht haben, da unser gegenwärtiges Leben ja das Ergebnis vorheriger Lebensführung ist. Damit wird auch erklärlich, wie es sein kann, dass die Menschen so gänzlich unterschiedlich leben.

Das Ziel des Lebens ist nun der Ausstieg aus dieser endlosen Folge von Wiedergeburten. Millionenfach leben zu müssen, mit all den Beschwerlichkeiten des Lebens und womöglich nicht einmal als Mensch, das ist erschreckend.

Ausstieg als Ziel

Der Ausweg besteht darin, möglichst nicht mehr zum Anlass weiterer Bewegung zu werden und den endlosen Wechsel der Kausalitätskette zu verlassen. Dazu gebe es drei Wege, deren

dition sah Uhde, der auch Direktor des Freiburger Instituts für West-Östliche Weisheit ist, im westlichen Vernunftbegriff. Sein Ziel ist es, den Gegensatz mit der jeweiligen Identität eines Begriffs zu verbinden statt sie zu trennen. Das hat deutliche praktische Konsequenzen zum Beispiel für die Möglichkeit der Anerkennung unterschiedlicher kultureller Traditionen und Religionen: Was anders ist, muss dann nicht mehr das Falsche zum eigenen Richtigen sein, sondern es ist eben ein anderes. Dadurch wird ein reich bestimmter Begriff der Einheit ermöglicht. Was als neue Einsicht der westlichen Tradition gilt, das hat es – nicht nur, aber auch im indischen Selbstverständnis – in der indischen Tradition jedoch immer schon gegeben.

In der Figur des Weisen und der Weisheit (die freilich auch wiederum westliche Begriffe sind) zeigt sich dort die strenge Einheitlichkeit der Lebensführung, Theorie und Praxis sind dort zusammengeführt. Doch ist die Weisheit nicht Sache des Staates, so wie der klassische Weise sich aus den sozialen Zusammenhängen löst und „sozial tot“ ist.

Parallele zu Kant

Die Indologin Renate Syed von der Universität München stellte als eine bedeutende hinduistische Schule die Samkhya-Philosophie vor, die auch den Hintergrund des Yoga darstellt. Sie ist streng dualistisch, zwischen Geist und Materie scheidend, und atheistisch. Schlechtes Handeln und die Existenz des Bösen ist durch eine verdunkelte und unklare Vernunft verursacht. Sie wird durch die Wahrnehmung und das „Anhaften“ an die Sinneswelt dazu verleitet, sich mit ihr zu identifizieren und zu verneinen, dass sie diese Welt bräuchte. Sich von der Vielseitigkeit zu lösen und der je eigenen Pflicht zu folgen, wären Zeichen einer „aufgeklärten Vernunft“. Syed sah darin eine klare Parallele zur Auf-



Der Hindu-Tempel Sri Maha Mariamman in Bangkok
Foto: wikimedia commons

Definition angesichts der Vielfalt hinduistischer Lebensweise freilich ebenso ein Schreibtischkonstrukt sei: Den Weg der Askese, zu dem nicht zuletzt das Yoga gehört; den Weg der Atman-brahman-Schulen, die die Veränderlichkeit und Unruhe der Welt als bloßen Schein zu entlarven suchten; und die weit verbreitete Bhakti-Bewegung, die auf dem Weg der Hingabe nach dem Bilde Krishnas versucht, sich vom eigenen Willen zu lösen. Verbindendes zwischen westlicher und östlicher Tra-

klärungsphilosophie Immanuel Kants. Die Bhagavad Gita zeigt am Beispiel des Königs Arjuna die unbedingte Verpflichtung auf: Arjuna wird von Krishna befohlen, zu handeln ohne auf die Früchte des Handelns acht zu geben. So soll er gegen seine eigene Familie kämpfen und all ihre Mitglieder umbringen, denn dies ist es, was einem Kämpfer zukommt. Um zu erkennen, was jeweils zu tun ist, braucht der König denn auch in der alten indischen Staatslehre Philosophen als Berater. Er muss stets auf seine Gefühle achten, um von ihnen nicht zu unklugen Entscheidungen verleitet zu werden. Friede und Gewaltlosigkeit sollen ihn leiten und so ist er im Kontakt zu anderen Staaten und in Anbetracht von Konflikten zur Appeasement-Politik verpflichtet.

Schmerzhafte Nähe

Was die Pflicht von einem jeden erfordert, das wird in umfassenden Gesetzbüchern (dharmastra) geregelt. Einem jeden Stand, Geschlecht, Alter und Beruf kommt seine je spezifische Aufgabe zu. Weitergegeben werden die Werte dieser Weltansicht durch die Familien. Als gemeinsames Charakteristikum machte Syed den „Respekt“ aus, was die indische zugleich von westlichen Gesellschaften unterscheidet. So sah sie in Indien eine Kultur „schmerzhafter Nähe“, während bei uns eher das Modell der „schmerzfreien Ferne“ bestimmend sei.

Starker Traditionalismus

Weil der soziale Zusammenhang eng ist und seine Gesetzmäßigkeiten überdies stark traditionell geordnet sind, ist es vielfach auch im modernen Indien nicht der Staat, der – in unserer Sicht juristische Probleme – ordnet, sondern kleinere Einheiten auf dörflicher oder städtischer Ebene. Orientierungsmaßstab ist dabei der dharma, die Übersetzungsmöglichkeiten dafür füllen allerdings nach Rahul Peter Das, Indologe an der Universität Halle-Wittenberg, mehrere Spalten des Wörterbuchs. Weder „Recht“ noch „Ethik“ vermögen dessen Bedeutung zu erfassen. Er zitierte dazu aus den Veden: „Welches Getan-Werdende die

Aryas preisen, das ist dharma, was sie tadeln, das ist adharma.“ So kann auch das dharma für verschiedene Personen unterschiedlich sein, es ist nicht unbedingt als allgemeines und umfassendes Gesetzeswerk für alle zu verstehen. Die englischen Kolonialherren jedoch wollten ein eindeutiges Gesetzbuch erstellen und beschäftigten daher Sanskritisten, die sich bemühten,

religiöser Richtungen einschließt. Sodann könnte er darin bestehen, dass unterschiedliche Richtungen innerhalb des Hinduismus einander als gleichermaßen gültig anerkennen.

Schließlich könnte Pluralismus bedeuten, dass auch andere Religionen als gültig und gleichwertig anerkannt werden.



Indische Weisheit trifft antike Philosophie: die Indologin Renate Syed mit Sophokles im Akademiepark

Foto: Dameris

aus den textlichen Überlieferungen einen Rechtskodex zu destillieren. Damit wurde die Sicht der Brahmanen bestimmend, von denen die Texte stammten, zuungunsten der mündlich überlieferten Praxis. Eine allgemeine Regel konnte er dennoch feststellen: Am besten sei es nach indischer Tradition immer, sich an die Verhaltensweisen vertrauenswürdiger Vorbilder zu halten, worin wieder der starke Traditionalismus zum Vorschein kam.

Überlegenheit des Hinduismus

Der Frage, ob Hinduismus eine „pluralistische Religion“ sei, ging der Münsteraner Religionswissenschaftler und Theologe Perry Schmidt-Leukel nach. Dazu unterschied er drei mögliche Bedeutungen des Pluralismus. Zum einen könne man Pluralismus so verstehen, dass der Hinduismus eine Vielzahl unterschiedlicher

Bei Swami Vivekananda, einem charismatischen Vertreters des Neo-Hinduismus, wurde aus der hinduistischen Anerkennung eines religiösen Pluralismus ein Argument für die Überlegenheit des Hinduismus über andere Religionen. Zur Bestimmung Indiens unter den Nationen der Welt gehört daher in seiner Sicht, der Welt die Einsicht in die Einheit der Religionen zu vermitteln.

In der hindu-nationalistischen Hindutva-Bewegung kann daraus sogar eine höchst intolerante Religionspolitik abgeleitet werden. In ihrer Sicht muss der Hinduismus und mit ihm Indien vor dem Einfluss absolutistischer Religionen, wie Christentum und Islam, geschützt werden. Beispiele einer intoleranten und mit Blut-und-Boden-Motiven durchzogenen Ideologie konnte auch Renate Syed geben, die dazu aus Gedichten des ehemaligen indischen Premierministers A.B. Vajpayee zitierte.

Der Luzerner Religionswissenschaftler Martin Baumann untersuchte schließlich die Situation von Hindus in den deutschsprachigen Ländern. Neun von zehn Hindus sind hier Migranten. Als Spiegelfläche von verlorenem Geglubtem spielte Indien bereits seit der Romantik eine große Rolle. Auf Reisen durch Deutschland wurde Rabindranath Tagore als Idealbild des indischen Weisen präsentiert und auch im Nationalsozialismus gab es – noch weitgehend unerforschte – Versuche zur Kontaktaufnahme mit Indien.

Für die Schweiz schätzte Baumann den Anteil derer, die Yoga praktizieren auf 5 Prozent der Bevölkerung. Allerdings herrsche dabei die Deutung des Yoga als einem Instrument zur Stressbewältigung und Gesundheitsförderung vor.

In größerer Zahl kamen Hindus erst in den 1990er Jahren als Flüchtlinge des Bürgerkriegs auf Sri Lanka nach Deutschland, derzeit leben hier etwa 100.000 Hindus. In Deutschland bau-



Die heiligen Quellen in Muktinath (Nepal)

Foto: wikipedia commons

ten sie mittlerweile rund 25 Tempel. Die Darstellung in den Medien betont vor allem die Exotik, ihre devotionale Hingabe hingegen wird kaum wahrgenommen. Weshalb Baumann auch

nicht von einer wirklichen Anerkennung hinduistischer Traditionen sprechen wollte. ■

Michael Spieker

Tutzinger Diskurs eröffnet mit „Gute Wissenschaft“

Unterstützt durch eine sechsstellige Fördersumme des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung initiiert die Akademie für Politische Bildung ab Mai 2012 den *Tutzinger Diskurs Gute Wissenschaft*.

Über ein Jahr hinweg werden Wissenschaftsjournalisten, Naturwissenschaftler, Sozialwissenschaftler und Ethiker in einer Reihe von Tagungen und Diskussionsforen über die Bedingungen einer Wissenschaft reflektieren, die das für alle Gute im Blick hat.

Die Entwicklung der Wissenschaften, die sich um die materielle Basis des Lebens kümmern, hat nicht nur altbekannte Fachgrenzen überwunden und zur neuen Bezeichnung „life sciences“

für das Forschungsgebiet geführt. Mit den life sciences verbundene und aus ihnen heraus angestoßene Prozesse berühren auch schon länger das Leben außerhalb der Labore. Ob es um genveränderten Mais und dessen Auswirkungen auf lebenswichtige Insektenpopulationen geht, um das Screening von Genveränderungen und Krankheiten bei Ungeborenen und potenziellen Eltern oder um Möglichkeiten zur Leistungssteigerung des Gehirns geht: An vielen Stellen wird deutlich, dass die Entwicklung der Lebenswissenschaften auch das Leben der Gesellschaft und die Vorstellungen von Normalität verändern.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch in diesem Feld mittlerweile die mediale

Darstellung eines Themas, sowohl für die Forscher selbst als auch für die Thematisierung von möglichen Problemen. Dennoch bleiben der soziale Aspekt und das Thema der Darstellung in der Forschung weitgehend unterbelichtet. Unser Diskursprojekt an der Akademie soll das ändern.

Zur Teilnahme an diesem Prozess werden 25 Stipendien vergeben. Die Stipendiaten sollen einen Maßnahmen- und Kriterienkatalog für „Gute Wissenschaft im Bereich der life sciences“ entwickeln. Ein sechsköpfiges Team bereitet den Diskurs vor und moderiert die Workshops: Michael Spieker und Michael Schröder von Seiten der Akademie, die Diskusexpertin und Moderatorin Katharina Zöller, der Philosoph und Theologe Arne Manzeschke sowie die Wissenschaftsjournalisten Petra Thorbrietz und Volker Stollorz. ■

Michael Spieker

Näheres zum Diskurs und zur Möglichkeit der Bewerbung um ein Stipendium unter: www.tutzinger-diskurs.de und www.gute-wissenschaft.de

Gerechtigkeit und Differenz

2. Philosophische Studienwoche an der Akademie

Grundlegende Fragen der politischen Philosophie standen zum zweiten Mal auf dem Programm der Studienwoche. 15 Studierende und Doktoranden aus Philosophie und Politikwissenschaft untersuchten den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Differenz. Sie trugen dazu aus eigenen Forschungsprojekten vor und diskutierten über die Impulsvorträge von Clemens Kauffmann, Professor für Politische Theorie an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Gleich zu Beginn machte Kauffmann deutlich, dass Gerechtigkeit immer mit Unterschieden zu tun hat, denn die ersten Fragen der Gerechtigkeit sind „Zwischen wem?“ und „Wovon?“. Als Ordnungsbegriff hat Gerechtigkeit es mit Beziehungen zu tun und dafür braucht es mindestens zwei. Die Herstellung einer guten Ordnung ist die Absicht der Gerechtigkeit, sie verweist auf die grundlegend relationale Verfassung menschlicher Existenz: Den Menschen kann es nicht als Einzelwesen geben und er ist in sich selbst eine differenzierte Einheit aus Leib und Seele, aus Leidenschaft und Vernunft.

So kam die Grundkonstellation der antiken griechischen Philosophie zur Sprache. Erst durch eine gute innere Ordnung ist der Mensch hier in seinem Handeln frei. Ungeordnetheit hingegen bedeutet Unfreiheit und deren Folge ist Ungerechtigkeit. Wer innerlich ungeordnet ist, der will stets mehr haben als ihm zusteht. Nur die Gerechtigkeit kann den Kampf, der aus der Differenz entsteht, verhindern. Während aber die Philosophie die Gerechtigkeit als das Erste betrachtet, sieht die Sophistik die Differenz und den Kampf im Vordergrund. Da kündigte sich von Ferne her Carl Schmitts Diktum an, wonach die eigentlich politische Beziehung die zwischen Freund und Feind sei.

Einer weiteren Konstellation widmete sich ein Vortrag über Religion als Grundlage der Gerechtigkeit. Die Ordnung des inneren Menschen spiele hier keine Rolle mehr, denn die allei-

nige Autorschaft liegt nun nicht mehr beim Menschen, sondern bei Gott. Die antike Politik strebte nach Vollkommenheit. Religiös betrachtet irrt aber jeder, der meint, Vollkommenheit erreichen zu können.

Religion und Gerechtigkeit

Die Gerechtigkeit Gottes ist, wie Kauffmann an Martin Luther zeigte, uns fremd und sie wird dem Menschen eingesessen, aber nicht von ihm eingesessen. Die Differenz zwischen menschlicher oder göttlicher Führung wird als unaufhebbar gesetzt. Sie spitzt sich zur Frage nach Vernunft oder Offenbarung zu. Für den politischen Modus bleibt hier kein Raum mehr. Der Mensch hat nur noch Hindernisse für Gottes Wirken beiseite zu räumen, aber er hat keine Gestaltungsmacht mehr. Paradoxerweise schien die Religion dabei als Wegbereiter moderner Politik auf. Denn sie sei ein entscheidender Schritt dahin, dass die Vernunft in der Politik keinen Platz mehr hat, was einer vorherrschenden Betrachtungsweise von Politik in der Gegenwart entspreche.

Dass heute über die wesentlichen Kulturfragen Streit besteht, war bereits eine Einsicht Max Webers. Wie könnte angesichts fundamentaler Unterschiede in der Deutung von Ich und Welt noch eine gemeinsame Auseinandersetzung über verbindliche Werte stattfinden? Die politische Theorie von John Rawls, mittlerweile seit 40 Jahren der zentrale Referenzpunkt in der Dis-

kussion über den Liberalismus der Gegenwart, antwortete auf diese Frage mit einer doppelten „Methode der Vermeidung“, so Kauffmann. Zum einen erhebt Rawls für seine eigene Theorie der Gerechtigkeit keinen Wahrheitsanspruch, zum anderen will er zwischen einem öffentlichen und einem privaten Vernunftgebrauch unterscheiden. Demnach kann man nicht alles sagen, was man will, ohne zuvor die politischen Konsequenzen bedacht zu haben. Daran schloss eine intensive Diskussion über Esoterik und Exoterik in der Politik an.

Politisierung des Körpers

Eine paradoxe Gegenbewegung zur liberalen Differenzierung von Öffentlichem und Privatem war das abschließende Thema des letzten Tages: die Politisierung des Körpers. Die Entwicklung der life sciences, das Verständnis von Körpermaterial als Eigentum und der Zugriff auf die menschliche Reproduktion zeigen, dass der Körper in der Gegenwart zum Gegenstand gezielter gesellschaftlicher, politischer, ökonomischer und technischer Interventionen geworden ist.

Parallel zur Politisierung verläuft allerdings die Privatisierung des Körpers, etwa in der Form von Patenten auf Leben. Darin komme ein besitzindividualistisches Verständnis von Liberalismus zur Geltung, das für das Selbstverständnis des Menschen als natürliches Wesen keinen Platz lässt. Denn dieses geht davon aus, dass dem Menschen sein Leib wesentlich gegeben und seine Verfügungsmacht folglich begrenzt ist. Die Relationalität der menschlichen Existenz rückt dann aus dem Blick, damit würde jedoch auch die Gerechtigkeit der Boden entzogen.

■ Michael Spieker

Gerichtsakten schaffen endlich Gewissheit

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) 1959 in der Akademie gegründet

Nun ist es sogar gerichtsamlich: Die Gründung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) vollzog sich tatsächlich im Rahmen einer Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Dies bestätigt der inzwischen vorliegende Auszug aus dem Vereinsregister des Amtsgerichts Bonn.

„Die Gründung als Arbeitskreis Jugendbildungsstätten e.V. erfolgte am 8. September 1959 in der Politischen Akademie Tutzing. Vorläufer war ein provisorischer Zusammenschluss von Vertretern/Vertreterinnen der Jugendarbeit, denen die Profilierung der politischen Jugendbildung in der noch jungen Nachkriegsdemokratie ein Anliegen war“, so ist es auf der Internetseite des AdB nachzulesen*.

Um dies zu überprüfen, wurde zunächst das Akademiearchiv befragt; allein über diesen Sachverhalt bot es wenig Aufschluss. Also mussten andere Quellen herangezogen werden: Nachdem sich erste bestätigende Hinweise auf die Akademie als Gründungsort des AdB in der einschlägigen Fachliteratur zur Geschichte und Entwicklung der außerschulischen (politischen) Jugend- und Erwachsenenbildung in der Nachkriegszeit gefunden hatten, zerstreute der nun vorliegende Auszug aus dem Vereinsregister des Amtgerichts Bonn die letzten Zweifel. Der AdB muss seine Geschichte also nicht umschreiben!

Keimzelle Jugendhöfe

Doch stellt sich der Sachverhalt der AdB-Gründung tatsächlich etwas komplizierter dar: Die Vorgeschichte des AdB geht auf die frühen 1950er Jahre zurück. Heinz-Hermann Schepp (Jugendhof Steinkimmen), bis 1963 selbst AdB-Vorstandsmitglied, hat die Entwicklung der in Jugendarbeit und Erwachsenenbildung nach Ende des

Zweiten Weltkrieges tätigen Einrichtungen umfassend untersucht und ausführlich beschrieben. Demnach bildeten die – beginnend in der britischen Besatzungszone – neu eingerichteten Jugendhöfe und Jugendgruppenleiterschulen die eigentlichen Keimzellen des späteren AdB.

Unter dem Eindruck des sich verschärfenden „Kalten Krieges“ fasste Rolf Peltner (Jugendhof Steinkimmen) die von den Jugendhöfen als gemeinsam anerkannte Aufgabe der politischen Jugendbildung in drei – zeitlos wirkenden – Thesen zusammen:

1. Die Jugend muss den totalen Herrschaftsanspruch des Staates oder eines weltanschaulichen Systems als eine wirkliche Bedrohung erfahren.
2. Sie muss demgegenüber ein Leben in politischer Freiheit schätzen lernen und
3. angeleitet werden, dieses relativ freie Leben verantwortlich, tolerant gegen andere Menschen und Gruppen politisch zu gestalten.“

Auf Einladung des damals für Jugendfragen zuständigen Bundesinnenministeriums kamen im März 1956 in Bonn Vertreter von Institutionen zusammen, die sich mit politischer Jugendbildung befassten und nicht dem Volkshochschulverband angehörten. Daraus ging im Juni gleichen Jahres der „Arbeitskreis Jugendbildungsstätten“ hervor, dem nach und nach zahlreiche weitere Institutionen beitraten.

Um dem Zusammenschluss eine angemessene Rechtsform zu geben, wurde am 8. September 1959 der „Arbeitskreis Jugendbildungsstätten e.V.“ gegründet. Dies erfolgte auf einer geschlossenen Mitgliederversammlung des Arbeitskreises im Rahmen der vom 6. bis zum 9. September von der Tutzinger Akademie Veranstalteten Tagung „Probleme politischer Jugendbildung“.

Gründungsort Tutzing

Die allein Mitgliedern des Arbeitskreises vorbehaltene Konferenz diente der Erörterung inhaltlicher und methodischer Probleme der politischen Jugendbildung und war durch Grundsatzreferate des damaligen Akademiedirektors Felix Messerschmid und des Freiburger Politikprofessors Arnold Bergstraesser eingeleitet worden.

Auch Manfred Hättich, damals Leiter des Instituts für Politische Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (Studienhaus Wiesneck) in Buchenbach bei Freiburg, findet sich auf der Teilnehmerliste.

Unter den in der Folgezeit neu in den Arbeitskreis eingetretenen Institutionen widmeten sich viele vorwiegend der Erwachsenenbildung, was eine Namensänderung notwendig machte. Seit 1962 firmiert der Verein unter dem Namen „Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. – Unabhängige Institutionen für politische Bildung und Jugendarbeit“. Inzwischen gehören ihm über 100 Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung an – bislang allerdings nicht die Akademie für Politische Bildung Tutzing. Was aber wohl nicht zwangsläufig auf ewig so bleiben muss. ■

Steffen H. Elsner

*http://www.adb.de/dokumente/AdB50_Profil_und_Geschichte_endversionbunt.pdf

Aktiver Bürger in Tutzing

Den Tutzingern muss man den Vorsitzenden unseres Förderkreises nicht mehr vorstellen. Gernot Abendt ist das Beispiel für einen Bürger, der das soziale, kulturelle und politische Leben einer Gemeinde aktiv begleitet und prägt. Als Offizier der Bundeswehr kam er vor 40 Jahren nach Tutzing und dachte eigentlich: „Nach zwei Jahren bin ich wieder weg.“ Es kam ganz anders: 1971 trat er in die SPD ein, übernahm 1974 den Ortsvorsitz in Tutzing und hatte ihn mit kurzer Unterbrechung 25 Jahre inne. Von 1998 bis 2000 war er zudem Kreisvorsitzender seiner Partei. Seit 1990 ist er Mitglied des Tutzinger Gemeinderats, ist heute Dritter Bürgermeister und Referent für Kultur und Museum sowie stellvertretender Vorsitzender der Volkshochschule Starnberg. Außerdem ist er Gründungsmitglied des Kulturforums Starnberg und lädt seit 1996 zu den Tutzinger Sonntagsgesprächen politische und kulturelle Größen ein.



Vielfältiges Engagement im öffentlichen Leben Tutzings: Vorsitzender des Akademie-Förderkreises Gernot Abendt

Foto: Haas

Mit unserem Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Sebastian Haas hat sich Gernot Abendt über seine Verbindung zur Akademie für Politische Bildung Tutzing, seine Liebe zur Lokalpolitik und die Rolle des Fördervereins unterhalten.

Haas: Lieber Herr Abendt, wie kam Ihr Kontakt mit der Akademie für Politische Bildung zustande?

Abendt: Das war 1973. Der Dozent Peter Hanke wollte, dass ich Ortsvorsitzender der SPD werde, was meinen Berufsplanungen widersprach. Da haben wir oft in seinem Dienstzimmer gesessen und diskutiert. So lernte ich die Akademie kennen und auch den damaligen Direktor Manfred Hättich, der mir später ein väterlicher Freund wurde. Auch nach dessen Pensionierung 1993 sind wir regelmäßig miteinander spazieren gegangen. Aus den Gesprächen mit ihm habe ich sehr viel gelernt – vor allem, weil er mich in politischen Fragen immer wieder regelrecht auseinander genommen hat.

Gab es als Offizier der Bundeswehr auch dienstliche Berührungspunkte mit der Akademie?

Abendt: Ja, vor allem direkt nach der Wende. Da habe ich als Inspektionschef ehemalige Kompanie-Feldwebel der Nationalen Volksarmee für drei Wochen an die Fernmeldeschule bekommen. Die hatten in die Bundeswehr überhaupt kein Vertrauen und dachten anfangs, wir würden mit ihnen Theater spielen. Die Akademie war der richtige neutrale Ort, um das Misstrauen abzubauen. Sie haben über Stasi-Kontakte und ihre Sorgen gesprochen. Da hieß es dann: „Früher war ich noch wer, nun werde ich degradiert, mein Arbeitsplatz ist nicht mehr sicher, ich gehe.“ So offene Worte, die bekommst du geschenkt.

Seit Jahrzehnten sind Sie politisch aktiv, haben sich auch immer für die Förderung von Bildung und Kultur eingesetzt. Warum nur auf lokaler Ebene?

Abendt: Vor Ort bin ich unmittelbar dran an der Umsetzung von Entscheidungen und an der Resonanz der Bürger. Ich erkläre es anhand zweier Erfahrungen, warum ich nie in die „große Politik“ gehen wollte: Anfang der 80er-Jahre habe ich in Bonn meinen Freund Axel Wernitz besucht, der damals im Bundestag Vorsitzender des Innenaus-

schusses war. In seinem kleinen, überfrachteten Büro im Langen Eugen erzählte er mir davon, dass er mit seiner Arbeit nicht hinterherkomme und wie ihn das belaste.

Im Bayerischen Landtag waren meine Parteifreunde gegen eine absolute Mehrheit der CSU immer nur in der Opposition, beste und berechtigte Anträge landeten im Papierkorb – so schilderte es mir der damalige parlamentarische Geschäftsführer der SPD Reinhold Kaub, ein Freund bis heute. Für diese Arbeit wollte ich meine Lebenszeit nicht einsetzen. Ganz abgesehen davon, dass meine Partei einen „Seeheimer“ und „Schmidtianer“ wie mich vor 20, 30 Jahren niemals aufgestellt hätte. Außerdem war mein Beruf spannend und ausfüllend.

Warum benötigt die Akademie für Politische Bildung einen Förderkreis und warum wurden Sie 1995 der Vorsitzende?

Abendt: Die Idee entstand 1988, und im gleichen Jahr hat Akademiedirektor Manfred Hättich zur Gründungsversammlung gebeten. „Wir brauchen Förderer, nicht Freunde“, meinte er. Der Grund liegt auf der Hand: Als Anstalt des öffentlichen Rechts wer-

den Spenden direkt an die Akademie vom Freistaat einbehalten. Das Haus kann nicht frei darüber verfügen. Der Förderkreis aber kann Spenden und Mitgliedsbeiträge annehmen und unmittelbar der Direktorin zur Verfügung stellen.

Erster Vorsitzender des Förderkreises wurde 1988 der ehemalige Dozent und Tutzinger Bürgermeister Alfred Leclaire, ich war im Förderkreis sein Stellvertreter und ab 1995 sein Nachfolger.

Was fördert der Förderkreis konkret?

Abendt: Was das Materielle betrifft: Bisher konnten wir der Akademie für Politische Bildung über 130 000 Euro zur Verfügung stellen. Die aktuellste große Investition war die Bestuhlung des neuen Auditoriums, die gut 20 000 Euro kostete, aber auch die Computer im PC-Pool oder den ersten Akademiebus haben wir finanziert.

Sie sprechen in Zusammenhang mit der Akademie oft von einer „Schwelle“

lenangst“, die abgebaut werden muss. Können Sie das erklären, und was kann der Förderkreis dabei leisten?

Abendt: Es besteht bei vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die unbegründete Angst, über die Türschwelle mancher Institutionen zu treten.

Wenn ich zum Beispiel zu den Tutzinger Sonntagsgesprächen in eine Gastwirtschaft einlade, kommen und gehen die Leute, wie sie wollen. Das geht bei einer Tagung in der Akademie nun einmal nicht. Dazu kommt, dass sich heute die Rahmenbedingungen geändert haben: Sicherheiten fehlen, die Menschen haben Angst um ihre Jobs, blicken unsicher in die Zukunft und haben andere Dinge zu tun, als sich um ihre politische Bildung zu kümmern.

Deshalb denke ich, dass der eingeschlagene Weg der Direktorin Prof. Dr. Ursula Münch der richtige ist: früher ansetzen, jüngere Leute, auch Schüler in die Akademie holen. Das ist dann in manchen Fällen nicht mehr der höch-

te wissenschaftliche Anspruch – aber so kommen wir an den Nachwuchs, der ist mir lieber als der Tagungstourismus. Von Seiten des Förderkreises können wir da nur eines tun: Werben, werben, werben.

Was bringt die Mitgliedschaft im Förderverein der Akademie und wie viel kostet sie?

Abendt: Unsere mittlerweile 227 Mitglieder können diese herausragende Institution der Bildungslandschaft mit einem Beitrag von 30 Euro im Jahr unterstützen und natürlich gerne mehr spenden. Dafür gibt es eine Einladung zum Sommerfest der Akademie, den Gesprächen im Landtag, den Akademie-Report frei Haus. Das ist reichlich und viel. Der Termin für das diesjährige Sommerfest ist übrigens Freitag, der 13. Juli – hoffentlich kein schlechtes Omen, was das Wetter angeht. ■



Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V. EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

Der Förderkreis existiert seit 1988. Er begleitet die Akademie bei ihrer Bildungsarbeit, die heute so wichtig ist wie in der Gründerzeit. Er leistet einen finanziellen Beitrag zur Akademiearbeit sowie zu Publikationen über grundlegende und aktuelle Fragen deutscher, europäischer und internationaler Politik. Er ermöglicht die Verpflichtung hochkarätiger Experten und Referenten aus Wissenschaft und Praxis. Kurz: Der Förderkreis unterstützt die Arbeit des Hauses, wo der Etat an seine Grenzen stößt. Die Mitglieder des Förderkreises wollen diesen Beitrag auch in Zukunft leisten.

Sie können dabei sein: Werden Sie Mitglied

- Sie leisten damit einen Beitrag zu lebendiger politischer Bildung und stützen die Fundamente unserer Demokratie
- Sie können sich beim jährlichen Gartenfest mit Akteuren aus Politik, Gesellschaft, Religion und mit politisch Interessierten austauschen
- Sie sind eingeladen, an den Akademiegesprächen im Bayerischen Landtag teilzunehmen
- Sie lesen im vierteljährlich erscheinenden „Akademie-Report“ Wichtiges aus Tagungen und Veranstaltungen
- Sie können die Zusammenarbeit mit anderen Förderkreis-Mitgliedern nutzen
- Sie helfen der Akademie durch Ihren Beitrag und durch Spenden, die Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verbessern



Förderkreis
der Akademie
für politische Bildung
Tutzing

Fax Nr. 08158/256-6644

Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing

Tel. 08158/256-44
foerderkreis@apb-tutzing.de

Beitrittserklärung

zum Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

Name, Vorname, Titel:

PLZ/Ort: Straße/Nr.

Telefon: e-mail:

Beruf: Geb.-Datum:

Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 30.-- € pro Jahr.

Mein persönlicher Jahresbeitrag soll jedoch 40.-- € oder 50.-- € oder € betragen.

Die Beitragszahlung erbitten wir an die

Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50, Konto-Nr. 430 592 477

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den Verein widerruflich meinen jeweils fälligen Beitrag durch Lastschrift von folgendem Konto abzubuchen.

Kto.Nr. Kto.-Inhaber:

BLZ: Kreditinstitut:

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

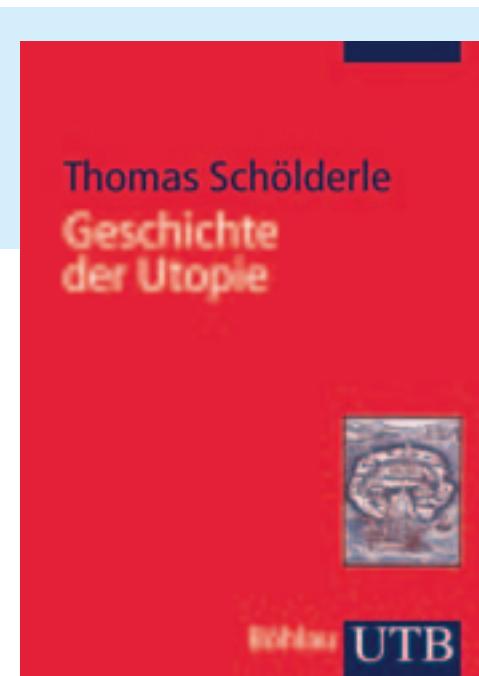
Datum: Unterschrift:

Rezensionen Neuerscheinungen Publikationen

Saskia Hieber
Sicherheit und Frieden in Asien
Konfliktpotentiale und regionale Kooperation
Tutzinger Schriften zur Politischen Bildung,
hrsg. von der Akademie für Politische Bildung
Wochenschau Verlag 2012, 196 S., 19,80 Euro
ISBN 978-3-89974694-5



In Konfliktpotentialen und Kooperationsmöglichkeiten Asiens spielen dessen große Mächte die entscheidende Rolle. Sie sind auch sicherheitspolitisch die Hauptakteure. Abzuklären ist, inwieweit politische und wirtschaftliche Faktoren nach innen wie nach außen stabilisierend oder destabilisierend wirken. Dabei ist die Gestalt des politischen Systems oder gar der Grad der Demokratisierung eher von geringer Bedeutung. Vielmehr ist es die wachsende wirtschaftliche Macht, die dem asiatischen Kontinent international wachsenden Einfluss verschafft. Asiatische Staaten werden in Zukunft eigene Vorstellungen zur politischen und wirtschaftlichen Ordnung entwickeln. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen liegen im Mittleren Osten und in Asien. Europa wird nicht umhinkommen, sich aktiv für Frieden und Stabilität in diesen Regionen einzusetzen. Zusätzlich erhöhen Klimawandel und Ressourcenknappheit den Zwang zu internationaler Kooperation. Die vorliegende Schrift beschreibt alte Konflikte und neue Kooperationsformen und macht deutlich, wie bedeutsam das Thema nicht nur für die Politik, sondern auch für unsere Bildungslandschaft ist.



Thomas Schölderle
Geschichte der Utopie
Eine Einführung
UTB Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2012, 202 S.
ISBN 978-3-8252-3625-0
15,99 Euro

Utopien sind Gedankenexperimente und kritische Spiegelbilder der historischen Wirklichkeit zugleich. Diese Einführung liefert einen Überblick zur Geschichte der Utopie und stellt ihre wichtigsten Entwürfe sowie ihre wesentlichen Merkmale, Ziele und Funktionsweisen vor. Auf diese Weise ergibt sich ein klares und konturenreiches Bild einer der einflussreichsten Denkströmungen der abendländischen Tradition, das von den antiken Mythen des Goldenen Zeitalters bis zu den Schreckensvisionen und den ökologischen und feministischen Wunschbildern des 20. Jahrhunderts reicht. Behandelt werden u.a. Platon, Joachim von Fiore, Thomas Morus, Francis Bacon, Tommaso Campanella, J.G. Schnabel, William Morris und George Orwell.

Nachtrag Jahressibliografien 2011 Dr. Anja Opitz

Aufsatz: Vienna prepares tougher lobbying law than Brussels after MEP scandal, in: Europe's World, Autumn 2011, 19, S. 133.

Zeitungsaatikel: Mehr Mut zu europäischem Denken, in: wissenswert. Magazin der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, S.8-9.

Matthias Waha in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 4./5. Februar 2012:

Volk im Würgegriff

Eine Tagung in Tutzing über Machiavelli und Occupy, Regierung, Macht und direkte Demokratie

Die beste Regierung ist die, die am wenigsten regiert, sagte der Philosoph und Waldhüttenbewohner Henry David Thoreau. In der gegenwärtigen politischen Gemengelage scheint es manchen, die manchmal eine Guy-Fawkes-Maske tragen, als wären die westlichen Regierungen Thoreaus Forderung inzwischen unfreiwillig nachgekommen: Sie können nicht mehr regieren, weil die Finanzmärkte diese Tätigkeit übernommen haben.

Wenn es um verlorene Macht geht, liegt es nahe, den zu fragen, für den Macht alles war: Niccolò Machiavelli, seines Zeichens skrupelloser Realpolitiker und glühender Republikaner in einer Person. Der Diskurs über die globale Gier hätte den Florentiner gewiss nicht überrascht, denn für ihn, der als Erster Politik und Moral radikal schied, waren die fundamentalen Antriebe des Menschen schon immer Ehrgeiz und Habgier. Man müsse schlicht davon ausgehen, „dass alle Menschen schlecht sind und dass sie stets ihren bösen Neigungen folgen, sobald sie Gelegenheit dazu haben“. Die Aufgabe des Staates besteht für Machiavelli darin, diese egoistischen Begierden zu zügeln. Ist die liberale Demokratie nach seinen Maßstäben also gescheitert? ...

Der Blick in die Geschichte, um daraus Handlungsanleitungen abzulesen, ist stets heikel, im Fall des Cinquecento aber inspirierend. Es ist die Entstehungsphase eines brutalen Frühkapitalismus sowie, mit den großen Entdeckungen, ein Meilenstein in der langen Geschichte der Globalisierung und Säkularisierung.

An Ansatzpunkten zum Vergleich mit der Gegenwart mangelt es also nicht. Man müsse sie nur richtig verwenden,

so Alexander Thumfart (Erfurt), also im doppelten Wortsinn entweder nutzbar machen oder wenden, verändern. Greifbare Bemühungen, die Renaissance in einer geistigen Transferleistung für heute nutzbar zu machen, fanden dann jedoch, anders als angekündigt, kaum statt. Deshalb sei an dieser Stelle ein Gedankenexperiment gestattet: Vielleicht sind die Finanzmärkte heute das Analogon zum Papsttum damals? Beide treten als die großen Gegenspieler der staatlichen Ordnung auf, sie streben die Herrschaft über die Geschicke der Welt an. Und

beide handeln mit etwas Zukünftigem und Transzendentem, das heißt jenseitiger Erlösung auf der einen und Derivaten auf der anderen Seite. ...

Es gibt denn auch, so die Stimmung der Tagung, viele Ähnlichkeiten zwischen Renaissance und Gegenwart, konkrete Lehren aus dieser Spiegelbildlichkeit getraute sich jedoch niemand zu ziehen. Vermutlich eine weise Entscheidung und längerfristige Lehre der Neuzeit, die Machiavelli noch nicht gezogen hatte: Geschichte ist, was das Individuum daraus macht.

Die DEUTSCHE PRESSEAGENTUR (dpa) berichtete am 19. April 2012 im Vorfeld der Tagung „Mörderische Phantasien“ in Bayreuth:

Expertin: Internet ist nicht Auslöser für junge Amokläufer

Vor knapp zehn Jahren erschütterte der Amoklauf von Erfurt ganz Deutschland. Es folgten: Emsdetten, Winnenden, Ansbach. Infos holten sich die Täter oft vorher im Internet – nach Expertenansicht ist das aber kein Grund, Netzinhalte für die Taten verantwortlich zu machen.

Jugendliche Amokläufer erschüttern immer wieder die Gesellschaft – und oft erscheint ihr Vorleben im Internet als Hinweis auf die Tat. Doch laut der Medienwissenschaftlerin Sabine Jörk ist das Surfen auf einschlägigen Webseiten nicht der Auslöser für ihre verheerenden Taten. „Sie informieren sich im Internet über andere Amokläufe“, sagte Jörk... Ihr Plan zur Tat aber stehe dann meist schon... Erst danach mache sich der spätere Amokläufer im Internet auf die Suche nach weiteren

Infos. „Die Ursache liegt nicht im Internet, sie liegt in den sozialen Bedingungen. Da läuft schon vorher ein Prozess ab.“ Die fehlenden Informationen zur Ausübung könnte sich ein Attentäter theoretisch auch aus einem Buch holen.

Sollen also Eltern die Internet-Aktivitäten der Kinder genauer kontrollieren? „Für Eltern ist das ganz schwierig. Wenn sie einfach an den PC gehen, empfinden die Kinder das als Anmaßung“, sagte Jörk. Häufig aber ließen potenzielle Attentäter im Internet – etwa in Foren oder Chatrooms – ihre Pläne durchsickern, indem sie etwa Andeutungen auf die bevorstehende Tat machten, erläuterte die Expertin. „Leaking“ heißt das in der Fachsprache. Hilfreich für die Prävention wäre es daher, wenn Foren-Betreiber diese

Andeutungen melden würden – etwa an eine wissenschaftliche Fachstelle. Jörk: „Es wäre toll, wenn das funktionieren würde.“ Allerdings gebe es letztlich auch keinen Automatismus: Nicht jeder, der sich im Internet ein-

schlägig äußert, plane tatsächlich eine Bluttat: „Das können nur Spezialisten erkennen.“ Möglich sei auch, dass sich Täter bewusst im Internet vorab inszenieren – ihre Pläne nicht nur andeuten, sondern konkret benennen. Der Atten-

täter von Emsdetten etwa, der 2006 an einer Realschule viele Menschen verletzte, habe zuvor ein Video verschickt, indem er sich als Rächer der Ausgegrenzten inszeniert habe.

(siehe Bericht Seite 11)

Der EVANGELISCHE PRESSEDIENST epd schrieb am 24. April 2012 über die Bayreuther Tagung:

Erfurter Schuldirektorin gegen Schulen als „Hochsicherheitstrakte“

Schulen sollten nach Ansicht der Direktorin des Erfurter Gutenberg-Gymnasiums, Christiane Alt, nicht aus Angst vor Amokläufen zu „Hochsicherheitstrakten“ werden. Eine übermäßige „Aufrüstung“ mit Sicherheitstechnik sei keine angemessene Reaktion auf mörderische Attacken in Schulgebäuden. „Es gibt Schulen, die haben sich verbarricadiert – das ist ganz furchtbar“, sagte Alt...

Nach dem Massaker an dem Erfurter Gymnasium am 26. April 2002, bei dem ein Schüler 16 Menschen und zuletzt sich selbst tötete, habe ihre Schule beim folgenden Umbau bewusst auf solche Maßnahmen verzichtet. „Wir wollen ein offenes Haus sein, man soll zu uns kommen können und wir wol-

len unsere Lehrer und Schüler auch nicht einsperren“, sagte die Direktorin. „Ein Hochsicherheitstrakt, wo ein Mensch über 30 Monitore den Campus überwacht und der Schulleiter, flankiert von zwei Sheriffs, durch die Schule läuft – das ist nicht in unserem Sinn.“

Die sogenannten Schulamokläufe in Erfurt, Emsdetten in Nordrhein-Westfalen (2006) oder zuletzt in Winnenden bei Stuttgart (2009) haben nach Erfahrung der Schulleiterin auch durchaus kommerzielle Interessen geweckt. „Wenn so etwas passiert, kriegen Sie sofort Werbung von Sicherheitsfirmen, die Ihnen Gott weiß was alles verkaufen wollen“, sagte Alt. Unentbehrlich sei allerdings eine Beschallungs-

anlage, mit der im Notfall alle Menschen im Haus schnellstens informiert werden können. Ein solches Informationssystem habe es vor zehn Jahren im Gutenberg-Gymnasium noch nicht gegeben.

Auch Schulen müssten offen mit eigenen Fehlern und Defiziten umgehen, so Alt. Eine Ignoranz gegenüber problematischen Entwicklungen sei „ganz sträflich blauäugig und manchmal auch lebensgefährlich“. Wenn beispielsweise Schüler Drogen in die Schule mitbrächten, müsse das von der Leitung aus zugegeben werden können, ohne einen Gesichtsverlust zu befürchten oder um den guten Ruf der Schule zu bangen...

(siehe Bericht Seite 11)

Jochen Nützel auf: www.infranken.de vom 26. April 2012:

„Die Ursache für solche Wahnsinns-taten liegt nicht im Internet“

... Die Suche nach der adäquaten Prävention solcher Taten löste im Nachgang der Analyse nicht selten den altbekannten Reflex bei Politikern aus: Her mit Verboten von „Killervideospielen“, von Musik, in deren Texten Gewalt verherrlicht wird, von Jugendgefährdenden Filmen und Einträgen im Internet. Für die Münchner Medienschwissenschaftlerin Sabine Jörk greift

dieser Automatismus zu kurz: „Die Ursache liegt nicht im Internet, sie liegt in den sozialen Bedingungen. Da läuft schon vorher ein Prozess ab, der nur irgendwann in etwas für uns Unvorstellbarem kulminiert.“ Insofern verdeutliche ein Verweis auf das Internet als Grundlage solcher Attentate Ursache und Wirkung, sagt Jörk: „Wer will, kann sich Anregungen beispielsweise über

die nötige Bewaffnung auch aus Büchern holen. Dazu braucht er das Internet nicht. Das Surfen auf einschlägigen Websites darf nicht als Auslöser für die verheerenden Taten verstanden werden.“ Die Täter informierten sich im Internet zwar über andere Amokläufe, aber das sei nicht das auslösende Moment. „Dass sie ihren eigenen Plan verfolgen, steht da längst fest. Das haben alle drei deutschen Attentäter gezeigt.“ Jörk weist darauf hin, dass in der wissenschaftlichen Debatte das Massaker von 1999 an der Columbine Highschool (USA) als eine Art Blaupause gesehen wird.

Alexander Gerber in: Austria Innovativ 2/2012, S. 26–28

So muss Technik – nicht! Plädoyer für einen neuen Innovationsjournalismus

... Wie soll der sogenannte Qualitätsjournalismus mit Innovation umgehen, und was macht diese „Qualität“ heute aus? Vielleicht hilft es, das bewährte Konzept der „Sorgfaltspflicht“ für Medienprofis in zweierlei Hinsicht zu erweitern:

Mehr die Ausnahme als die Regel ist nach weitgehender Überzeugung der Medienforschung eine ganzheitliche, ressortübergreifende Perspektive auf Innovation. Dabei wären beispielsweise bei einer Produktinnovation neben den technischen Aspekten die sozio-ökonomischen Auswirkungen von mindestens ebenso großer Bedeutung, also etwa ob die mit heimischen Mitteln finanzierten wissenschaftlichen Erkenntnisse auch hierzulande verwertet werden und zu Beschäftigung führen, unter welchen Produktionsbedingungen die Innovation umgesetzt wird, wie gesellschaftliche Gruppen zu diesem Wandel stehen und wann sie in die Entwicklung mit einbezogen wurden. Ein auf Funktionen und Gadgets gerichteter Tunnelblick im Sinne des Werbeslogans eines Handelsriesen „So muss Technik“ ginge also journalistisch gesehen genau in die verkehrte Richtung.

„Wir denken bei Innovation zu viel an Technik und sollten mehr an einen möglichen Wertewandel denken“, fordert der emeritierte Journalistik-Professor Siegfried Quandt. Für Katharina Seuser und Andreas Schümchen, Journalistik-Professoren an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, steht deshalb fest: „Innovationsjournalismus ist längst eine Pflichtübung.“...

Besonders kontrovers wurde auf der Tagung darüber gestritten, ob diese Verpflichtung zur Qualität gar eine

„Verantwortung“ sei, denn zweifelsohne spielen die Massenmedien nach wie vor eine entscheidende Rolle bei der gesellschaftlichen Akzeptanz oder Ablehnung von Veränderung. Wenn



Alexander Gerber

etwa BASF entscheidet, seine Forschung zur grünen Gentechnik ins Ausland zu verlagern, weil die Widerstände hierzulande überhandnahmen, dann hat jede Berichterstattung über das Thema „Pflanzenforschung“ zwangsläufig auch eine beschäftigungspolitische Komponente.

Darf dies JournalistInnen bei ihren Bewertungen von Forschung und Innovation beeinflussen? Ich denke, ja. Zumindest wenn wir nicht „Wohlwollen“ erwarten, um uns anschließend über mangelnde Distanz aufzuregen, sondern eher die Bereitschaft, sich auf die Ambivalenz einer Innovation einzulassen. Dies ist ein maßgeblicher Teil von professionellem Innovationsjournalismus, wobei allerdings im gleichen Atemzug auch die Kommunikationsstrategien der Unternehmen genannt werden müssen. Auch die Wirtschaft ist gefordert, einen ehrlichen und ergebnisoffenen Dialog zu suchen, an-

statt durch selektive Informationspolitik und Meinungsmache zu versuchen, den gesellschaftlichen Konsens zu erpressen.

Wie wenig dies in Zeiten des Wutbürgertums gelingt, hat unter anderem die jüngste Blitzstudie zum kommunikativen Versagen von Industrie, Politik und Verbänden beim Thema „E10“ gezeigt. Dass auch die PR-Branche an einigen Stellen noch umdenken müsse, meinte auf der Tagung Boris Mackrodt, Vorstand der auf Technologiekommunikation spezialisierten Agentur Fink & Fuchs. Er sieht die eigentlichen Herausforderungen weniger in der klassischen Informationsaufbereitung, als mehr in der „Entwicklung von Monitoring und Austauschszenarien zu allen Anspruchsgruppen“.

Dies müsse der zunehmenden Vernetzung und Interdependenz Rechnung tragen. Und hat dies nicht zwangsläufig weitreichende Folgen auch im Hinblick auf die Entstehung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen gegenüber den einzelnen Innovationsakteuren? Die „Demokratisierung der Kommunikation“, befördert durch die Sozialen Medien, hat wenige Jahre nach Eric von Hippels „Demokratisierung der Innovation“ zu einem völlig neuen, viel transparenteren Umgang mit technischer und sozialer Veränderung geführt. Schließlich wussten Gruppen wie Greenpeace schon lange vor „Stuttgart 21“, dass die Wirkung eines kollektiv bei Facebook gekaperten Themas viel effektiver sein kann als das eher inszenierte Abseilen von Schornsteinen. Denn auch hier geht es letztlich um Glaubwürdigkeit.

(siehe Bericht Seite 15)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juli

27-1* 2. – 6. Juli

Werteerziehung im Biologieunterricht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Spieker / Tanja Berthold

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

27-2* 2. – 6. Juli

Fortbildungstagung für Seminarlehrkräfte in Wirtschaft und Recht

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Oliver Laqua / Rudolf Drasch

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

27-3 6. – 8. Juli

Digitalisierung der Politik – Politisierung des Digitalen

Das Web 2.0 verändert Politik, Gesellschaft und Medien

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

28-3* 9. – 11. Juli

EuropaPolitik erleben!

Politiksimulation zur Europäischen Union

Leitung: Ondrej Kalina / Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

29-1 17. – 20. Juli

Foundations of Reason and Morality?

In Zusammenarbeit mit der International Confucius Association und der Universität zu Köln

Leitung: Michael Spieker / Claudia Bickmann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

29-2* 20. – 22. Juli

Vergleich, Transfer und verwobene Geschichte – Forschen im transnationalen Raum

Nachwuchsakademie zur Zeitgeschichte

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

30-1* 23. – 25. Juli

Demokratie im Umbruch? – Neue Wege der Bürgerbeteiligung

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund,
dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Frauenbund

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Internet: www.apb-tutting.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

30-2* 26. – 28. Juli

Beteiligung als Kern des Sozialkundeunterrichts

Impulse für den Berufseinstieg – Fortbildung für Referendare

In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern

der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Leitung: Michael Schröder / Bernhard Hof

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

31-3* 30. Juli – 1. August

Denken am See: Zukunftspfade – wie wollen wir künftig leben?

In Zusammenarbeit mit der IG Metall und dem Bildungswerk

der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB)

Leitung: Michael Schröder / Klaus Heimann / Gerhard L. Endres

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

A u g u s t

31-1 2. – 5. August

Politik der kleinsten Schritte oder kontinuierlicher Stillstand?

Die Geschichte des Nahost-Konflikts

Ferienseminar 1

Leitung: Michael Mayer

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

31-2 5. – 8. August

Brennpunkt Afghanistan: Vertane Chancen – unklare Zukunft?

Ferienseminar 2

Leitung: Anja Opitz / Christian Storch

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

32-1* 10. August

EuropaPolitik erleben!

Politiksimulation zur Europäischen Union

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Talent Akademie der Fraunhofer-Gesellschaft

Leitung: Michael Schröder / Robert Lohmann / Birgit Geiselbrechtlinger

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

Außenveranstaltung in Lindau

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

| | |
|-------------------|-----------------------------|
| Sybille Haug | S.Haug@apb-tutzing.de |
| Renate Heinz | R.Heinz@apb-tutzing.de |
| Ina Raus | I.Raus@apb-tutzing.de |
| Heike Schenck | H.Schenck@apb-tutzing.de |
| Karin Sittkus | K.Sittkus@apb-tutzing.de |
| Simone Zschiegner | S.Zschiegner@apb-tutzing.de |

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

S e p t e m b e r

36-1 3. – 6. September

Große Veränderungen gestalten: Umwelt, Energie, Europa

Ferienseminar 3

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

36-2* 5. – 7. September

Politischer Extremismus – Gefährdung der Demokratie

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-2 10. – 12. September

Ökonomische Bildung im 21. Jahrhundert

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

37-3 10. – 14. September

Aufgespißt und zugespitzt

Kommentar – Leitartikel – Glosse – Rezension

Schreibwerkstatt mit Peter Linden

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-1 14. – 16. September

Sommerakademie Asien

Transformation in Südostasien

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Anja Opitz / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-2* 17. – 19. September

Demos, populus, Volk – Das Volk gestern und heute

In Zusammenarbeit mit der University of Sheffield

und der Humboldt Universität zu Berlin

Leitung: Michael Spieker / Paula Diehl / Martial Staub

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-1* 23. – 28. September

NECE Workshop

Solving national conflicts in Europe: An example to the rest of the world?

European capacity and prospect in solving problems within and beyond
the nation state

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Ursula Münch / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

38-3* 23. – 28. September

Philosophie vor Ort: Studienreise nach Athen

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Stadt München

Leitung: Michael Spieker / Peter Schmidbauer

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

39-4* 28. – 29. September

Leben für die Demokratie

Ein Symposium zur politischen Bildung aus Anlass

des 70. Geburtstags von Heinrich Oberreuter

Leitung: Ursula Münch / Ondrej Kalina

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

O k t o b e r

40-1* 1. – 5. Oktober

Babel Balkan? Politische und soziokulturelle Kontexte von Sprache in Südosteuropa

51. Internationale Hochschulwoche in Zusammenarbeit

mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

40-2 5. – 7. Oktober

Diebe, Daten, Dunkelmänner – Innere Sicherheit im Wandel

Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

41-1* 8. – 12. Oktober

Struktur und Wandel der Gesellschaft in Deutschland

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Ondrej Kalina / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

41-2* 8. – 12. Oktober

Literatur und Politik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

41-5 10. Oktober

Integrationshindernis Ausländerfeindlichkeit

In Zusammenarbeit mit Caritas – Akademie der Nationen

Leitung: Ursula Münch / Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Außenveranstaltung im Rathaus München

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch hielt bei der 19. International Conference of Europeanists des Council for European Studies (CES), die unter dem Motto „A Europe of Diversities“ im März 2012 in Boston (USA) stattfand, einen Vortrag zum Thema: „Bypassing federal reform: Educational federalism in Germany“.

An der Universität der Bundeswehr München leitet sie im Frühjahrsemester 2012 zwei Lehrveranstaltungen: Ein Seminar im Bachelorstudiengang zum Thema: „Politische Systeme zwischen Autokratie und Demokratie – das Konzept der defekten Demokratie“ sowie ein zweitägiges Doktoranden-colloquium.

KOLLEGIUM

Dr. Ondrej Kalina sprach an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck anlässlich der Tagung „Welche Demokratie, welches Volk? Governance in Europa“ über „Die Schizophrenie des Volkssouveräns“. Von der Studienstiftung des deutschen Volkes wurde er zum Mitglied der Auswahlkommission für das „Max-Weber-Programm“ berufen. Im Sommersemester 2012 gibt er als Lehrbeauftragter am Jean-Monnet-Lehrstuhl für Europäische Politik der Universität Passau ein Seminar zum Thema „Kulturelle und ideelle Fundamente der europäischen Integration: Grundlagen und Antriebskräfte der politischen Ordnung der EU“.

Dr. Anja Opitz sprach anlässlich der Jean Monnet-Konferenz „Bildung, Wissenschaft und Forschung als Schlüsselemente der Wettbewerbsfähigkeit im Donauraum“ in Passau zum Thema „Die Balkan Staaten – (K)ein Forschungsgegenstand?“ und präsentierte ein Forschungspapier zum Thema „Desiderata for Integrated Civil-Military Crisis Management Operations within CSDP“ auf der EUSA 12th Biennial International Conference in Boston.

KURATORIUM

Die Mitglieder des Kuratoriums haben **Hans Maier** (80) erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Der ehemalige bayerische Kultusminister bleibt damit für weitere drei Jahre im Amt. Wir danken ihm für die bisher geleistete aufopferungsvolle Arbeit zum Wohl der Akademie, wünschen weiter gutes Gelingen und beste Gesundheit.

Dr. Thomas Schölderle bietet im Sommersemester 2012 an der Hochschule für Politik (HfP) München eine Vorlesung zum Thema „Politische Utopien vom 16. bis zum 19. Jahrhundert“ an.

Juliane Schwab ist seit Mai wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Akademie und betreut das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „Gute Wissenschaft“ im Rahmen des „Tutzinger Diskurses“ (Siehe Seite 22).

Im April konnte unser ehemaliger Kollege **Hans Friedrich** seinen 80. Geburtstag feiern. Er war ab 1. Januar 1966 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1997 an der Akademie als Dozent tätig. Der gelernte Gymnasiallehrer hat den medien- und kommunikationswissenschaftlichen Programmbereich des Hauses aufgebaut. Wir gratulieren herzlich und wünschen alles Gute.